Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 167 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Dienstag, 19. Juli 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Verbot aller Demonstrationen

Die Ankündigung der Reichsregierung

Das Wolffbüro meldet unterm 18. Juli:

Beim Erlaß der Notverordnung, mit der das Uniform- und Demonstrationsverbot aufgehoben wurde, war zum Ausdruck gekommen, daß der Wahlkampf sich in geordneten Bahnen bewegen würde. Die Erwartungen, die an den Erlaß der Notverordnung geknüpft wurden, sind, wie die Reichsregierung feststellt, nicht eingetroffen, und die Vorkommnisse der letzten Tage, besonders in Altona, haben ihr Veranlassung gegeben, noch heute eine Verordnung zu erlassen, die auf den § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni d. J. basiert und ein Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel vorsieht.

Zugelassen im gesamten Reichsgebiet sind nur solche Versammlungen, die in fest umfriedeten, für Dauerbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden, wobei der Besuch nur gegen Eintrittskarte zulässig ist.

Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich erklärt, daß die Verordnung der erste Schritt der Reichsregierung gegen die politischen Ausschreitungen ist, und daß die Reichsregierung sich alle weiteren Maßnahmen vorbehält.

Die Reichsregierung wird notfalls auch nicht davor zurückschrecken, gegen die Kreise, die mit Sprengstoffen und Schußwaffen arbeiten, mit aller Strenge vorzugehen, bis zu einer Bestimmung, solche Leute, die mit Schußwaffen oder Sprengstoffen in der Hand betroffen werden, an die Wand zu stellen.

Solche Bestimmungen werden durchaus möglich sein ohne Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes. Die zivile Gerichtsbarkeit wird die Durchführung einer derartigen Verordnung in besonderen Schnellverfahren, bei dem absolut die Möglichkeit bestehen kann, die Todesstrafe zu verhängen, sichern können; die Absicht, Sondergerichte einzurichten, besteht nicht.

Nach Auffassung zuständiger Stellen würde sich diese Bestimmung vor allem gegen die Kommunisten richten, die, wie auch die Vorgänge in Altona bewiesen haben, dem Staate am meisten zu schaffen machen.

In diesem Zusammenhang wird von unterrichteter Seite zu den in den letzten Tagen wiederholt erfolgten Ankündigungen von politisch führenden Persönlichkeiten über eine beabsichtigte Bewaffnung ihrer Verbände erklärt, daß die Reichsregierung es in keinem Falle dulden wird, wenn sich irgendwelche Organisationen bewaffnen wollen.

Eine amtliche Mitteilung

vom 18. Juli lautet:

Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite.

Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. 6. 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechtes stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokatoren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

Die Durchführung der Verordnung in Preußen

Die Pressestelle des preußischen Staatsministeriums teilt mit: Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 18. Juli 1932 sind bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge verboten.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, werden damit auch alle bereits erteilten Genehmigungen für derartige Versammlungen und Aufzüge hinfällig. Ersatzversammlungen für solche Veranstaltungen können für den 19. und 20. Juli 1932 nicht mehr genehmigt werden, weil die für sie durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 vorgeschriebene Anmeldungsfrist von mindestens 48 Stunden nicht eingehalten werden kann. Für die spätere Zeit gilt die 48stündige Anmeldefrist.

Die Verordnung

Die angekündigte „Zweite Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli 1932" hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des § 2 der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 339) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1

(1) Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

(2) Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Ausweiskarten zugelassen ist.

Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 339) Anwendung.

§ 2

(1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. Wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

2. Wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzuge, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Juli 1932.

Der Reichsminister des Innern:
Freiherr von Gayl.

Man rüstet zur Reichstagswahl



Ein eindrucksvolles Plakat der Deutschen Zentrumspartei

Die Straßenkämpfe in Altona

Die Opfer

Ein Montagvormittag um 10,30 Uhr ausgegebener Bericht des städtischen Presseamtes in Altona bestätigt nunmehr, daß die Unruhen zwölf Todesopfer gefordert haben. Von diesen konnten bisher zehn namentlich festgestellt werden. Unter den Toten befinden sich zwei Frauen. In das städtische Krankenhaus Altona wurden insgesamt 64 Verletzte eingeliefert, von denen 23 bereits wieder entlassen werden konnten. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt noch 16. Bei den noch unbekannten beiden Toten handelt es sich um zwei Männer im Alter von 20 bezw. 40 Jahren.

Die Feststellungen des Polizeipräsidenten

Der Altonaer Polizeipräsident gab den Vertretern der Hamburg-Altonaer Presse im Präsidium eine eingehende Darlegung der blutigen Vorfälle. Er erklärte, daß die Polizei die Nationalsozialisten gewarnt habe, doch hätten diese Wert darauf gelegt, überall zu demonstrieren und das Versprechen abgegeben, Ordnung und Ruhe bei der Kundgebung zu bewahren. Sobald die Demonstration und der Marschweg der SA bekannt waren, wurden die Polizeibehörden aus dem kommunistischen Lager, vor allem von der Antifaschistischen Aktion, um ein völliges Verbot des SA-Marsches ersucht, weil dieser eine Provokation des „roten Altona" darstelle. Die Polizei habe, wie der Präsident betonte, in Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen ihre Stellungnahme nicht grundsätzlich ändern können, wohl aber Maßnahmen ergriffen, um Zusammenstöße möglichst zu vermeiden. Das Polizeipräsidium ist der Ueberzeugung, daß es sich um einen wohlvorbereiteten Feuerüberfall der Antifaschistischen Aktion auf die Nationalsozialisten bezw. auf die Polizei handelt, der auch erfolgt wäre, wenn der Zug eine andere Richtung genommen hätte.

Der Polizeipräsident ist noch gemeinsam mit dem Innenminister Severing, der zufällig in Altona anwesend war, in den Straßen unterwegs gewesen, in denen die Hauptkampfhandlungen stattgefunden haben. Alle Vernehmungen von Beamten und Führern ergaben, daß die Polizei die Disziplin streng bewahrt hat. An der Tätigkeit von zahlreichen Dachschützen kann schon nach Art der Verletzungen und der Einschüsse in die Uniformen der Beamten nicht gezweifelt werden, wenn man auch bei den 91 Verhafteten keine Waffen mehr gefunden hat, und zur Stunde noch nicht nachweisen kann, ob doch Schützen festgenommen worden sind. An einer Stelle müssen die Dachschützen auch eine Maschinenpistole benutzt haben. Von den 91 Verhafteten gehören sieben, wie bisher feststeht, der KPD bezw. der Antifaschistischen Aktion an. Die Verhafteten sind zumeist Hamburger, die offenbar geschlossen der Parole gefolgt sind, den SA-Zug zu stören. Da Schüsse auf den Zug bezw. auf Polizeibeamte auch aus Häusern und Straßen gefallen sind, die keineswegs zu dem Gebiete gehören, durch das den Zug zu leiten man Bedenken hätte haben müssen, steht für die Altonaer Polizei fest, daß sich die Vorfälle überall und auf jeden Fall ereignet hätten. Die Altonaer Polizei, die voll eingesetzt wurde, mußte noch ein Hamburger Kommando und einen Zug aus Wandsbeck heranziehen.

Unter den Toten befinden sich zwei Personen, ein SA-Mann und eine Frau, die der NSDAP angehören. Drei Tote sind Kommunisten, ein Schwerverletzter, mit dessen Ableben man stündlich rechnet, gehört ebenfalls der KPD an. Ein in der Holstenstraße erschossener Mann namens Hagen war Mitglied der SPD. Da die Schußwunden bei den im Krankenhaus liegenden Verletzten zum Teil sehr groß sind, glaubte man zunächst, daß präparierte Geschosse benutzt worden seien. Doch scheint es sich in allen Fällen um Querschläger zu handeln. Bei vier Verletzten hat man Beinamputationen vornehmen müssen. Die weitaus meisten Verletzten sind auf der Straße angeschossen worden. Die Polizei ist überzeugt, daß die Zahl der Verletzten, wenn nicht auch der Toten, noch größer ist, als bisher bekannt wurde, da wahrscheinlich von Seiten der Antifaschistischen Aktion Opfer beiseite geschafft worden sind.

Weitere Zusammenstöße kosten Menschenleben

18 geladene Revolver beschlagnahmt

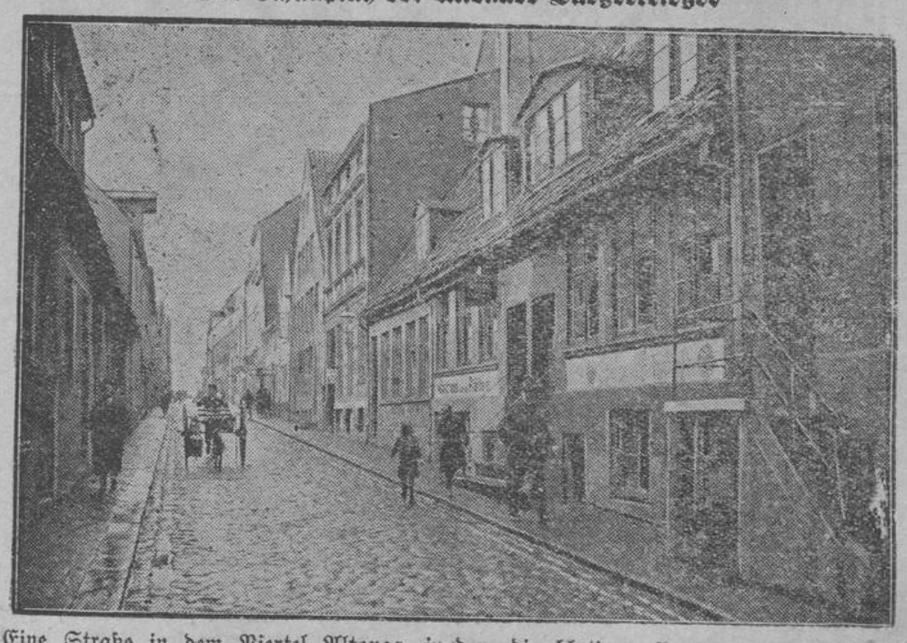
Aus Wuppertal, 18. Juli, wird berichtet: Ein Lastkraftwagen, aus dem bei seiner Durchfahrt durch Remscheid mehrere Schüsse auf das kommunistische Jugendheim abgegeben worden waren, wurde auf telephonische Aufforderung in Wuppertal einer polizeilichen Durchsuchung unterzogen. Dabei beschlagnahmten die Beamten nicht weniger als 18 geladene Revolver, zwei Gaspistolen, zwei Gummiknüppel, eine Stahlrute und vier feststehende Messer. Bei acht Pistolen wurden die Besitzer festgestellt und in Haft genommen.

Ein stundenlanger schwerer Kampf

spielte sich auf der Landstraße zwischen Homberg nach Niederofleiden in der Nacht zwischen Kommunisten und SA-Leuten ab. Die SA-Leute wurden auf dem Wege zu einer Kundgebung von Kommunisten, die ihre Anhänger aus der ganzen Umgegend zusammengezogen hatten, mit Revolverschüssen, Stich- und Schlagwaffen empfangen. Zwölf SA-Leute wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Auch bei den Kommunisten gab es eine Anzahl Verletzter.

Die erregten Bewohner der Umgegend, so meldet das Wolffbüro, zogen nach Niederofleiden zu der Wohnung des kommunistischen Anführers Brüning, wo sie ihn in seiner Wohnung im Kleiderschrank versteckt, nur mit dem Hemd bekleidet, aber im Besitze eines Revolvers und eines Dolches antrafen. Er wurde von der Menge so schwer mißhandelt, daß er in die Mar-

Der Schauplatz des Altonaer Bürgerkrieges



Eine Straße in dem Viertel Altonas, in dem die blutigen Vorfälle stattfanden, die bis jetzt 15 Tote und zahllose Verletzte forderten.

burger Klinik übergeführt werden mußte. Bei der polizeilichen Haussuchung in den Wohnungen der Kommunisten wurde eine ganze Anzahl Waffen beschlagnahmt und zehn Verhaftungen vorgenommen.

Drei Tote in Greifswald

Aus Greifswald, 17. Juli, meldet das Wolffbüro: Nach einer nationalsozialistischen Kundgebung kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen sieben Nationalsozialisten und ein Kommunist mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Kurze Zeit später wurden heimkehrende Nationalsozialisten auf der Loitzer Landstraße, die an der Greifswalder Kundgebung teilgenommen hatten, von Kommunisten beschossen. 17 SA-Leute mußten mit Schußverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, zwei davon, der Greifswalder Student Reinhardt und der Landwirt Masson, sind ihren schweren Verletzungen erlegen.

Aus Greifswald kommt dann die Meldung: Die schweren politischen Zusammenstöße haben ein weiteres Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus starb ein Nationalsozialist, der schwere Stichwunden und Schußverletzungen erlitten hatte. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf drei.

Zwei weitere Todesopfer der Altonaer Zusammenstöße

Aus Altona, 18. Juli, wird gemeldet: Von den Schwerverletzten der gestrigen blutigen Zusammenstöße sind zwei Personen im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen erlegen. Zwei weitere Schwerverletzte schweben in Lebensgefahr.

Todesopfer eines Zwischenfalles nach der Beerdigung erschossener Frauen

In Langenselbold bei Hanau wurden die beiden Frauen beerdigt, die bei Erwerbslosenunruhen am Freitag erschossen worden waren. An der Beerdigung nahmen etwa 5000 Personen teil. Auf dem Rückweg bewarfen Teilnehmer das Haus eines Landjägers mit Steinen. Der Landjäger, so berichtet das Wolffbüro, sah sich schließlich gezwungen, sich der Angreifer mit seinem Revolver zu erwehren. Er verletzte einen Arbeiter tödlich, drei Personen schwer und mehrere leicht.

Aus Hanau wird später gemeldet: Einer der bei den heutigen erneuten Unruhen in Langenselbold Schwerverletzten ist gestorben.

Versuche zu Kundgebungen unter freiem Himmel in Berlin

Das Contibüro meldet aus Berlin, 18. Juli: Trotz des Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel haben Angehörige verschiedener Parteien an mehreren Stellen der Stadt versucht, sich zusammenzurotten und Umzüge zu veranstalten. Daran waren nicht nur Kommunisten und Nationalsozialisten, sondern an einer Stelle auch Mitglieder der Eisernen Front beteiligt. Die Polizei mußte wiederholt eingreifen, z. B. im Norden, in Moabit, in Neukölln, in Steglitz. Einen heftigen Zusammenstoß hatte die Polizei am Andreasplatz mit etwa 500 Kommunisten. Hier mußten die Beamten, da ihnen heftiger Widerstand entgegengesetzt wurde, mit dem Gummiknüppel vorgehen.

Verhandlungen über deutsche Kohlenlieferungen nach Irland

Reuter berichtet aus Dublin, 18. Juli: Es gilt als sicher, daß der heute vor den Senat gelangende Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu Ausnahmezöllen gegen England von der Regierung zur Drosselung der englischen Kohleneinfuhr, die einen Wert von 2 Millionen Pfund jährlich besitzt, benutzt werden wird. Deutsche Importeure sind mit Proben in Dublin eingetroffen, die günstig beurteilt werden. Man erwartet Lieferungsverträge auf Gegenseitigkeit, so daß Deutschland für die Abnahme seiner Kohle sich zur Einfuhr irischer Produkte bereit erklären würde. Der Verkehr im Dubliner Hafen war heute sehr flau.

Innenpolitisches

Die „Germania" über das Kabinett Papen und NSDAP.

Die „Germania" veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe den Bericht über eine Besprechung, **zu der Reichskanzler von Papen am Mittwoch, 8. Juni d. J., Vertreter der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages geladen hatte. Es handelte sich um die Frage der Regierungsbildung in Preußen. Für das Zentrum erschienen Minister Hirtsiefer, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steeger und der Geschäftsführer Dr. Graß. Wie die „Germania" erklärt, ist der von ihr zum ersten Male in der Oeffentlichkeit bekanntgegebene Inhalt dieser Unterredung von den Zentrumsvertretern sofort nach der Sitzung in einem Protokoll festgehalten worden. Nach dieser Niederschrift legte von Papen in der Besprechung dar, daß er über die künftige preußische Regierung mit Beauftragten Hitlers verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung zu verhandeln. Die Bedingungen lauteten:**

1. **Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ressorts das Ministerpräsidium und das Innenministerium zuzuerkennen;**
2. **die Zentrumspartei hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinett von Papen einzustellen.**

Die „Germania" fährt fort: Es erübrigt sich, im einzelnen darzulegen, was die Zentrumsvertreter erwiderten. Von größter Bedeutung ist es aber für die angestrebte Beweisführung, daß Herr von Papen herausstellte, er sei es keineswegs gewesen, der den Nationalsozialisten nahegelegt habe, die unter 2. angeführte Bedingung zu stellen, vielmehr habe er ausdrücklich gewünscht, diese Forderung möge wegfallen. Die Nationalsozialisten seien auf diese Bedingung aber geradezu versessen gewesen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Staatsrates fordert Uniformverbot

Im Preußischen Staatsrat hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach die preußische Staatsregierung auf die Reichsregierung erneut und mit stärkstem Nachdruck einwirken soll, damit die Aufhebung des Uniformverbotes sofort rückgängig gemacht werde. In der Begründung des Antrages wird ausgeführt, daß die politischen Gewalttätigkeiten im Reiche Tag für Tag zahlreiche Blutopfer gefordert und bereits an den Rand des Bürgerkrieges geführt hätten. Diese Zustände, die auch das Ansehen im Auslande ungemein schädigten, seien zweifellos zum allergrößten Teil der Aufhebung des Uniformverbotes zuzuschreiben. Es wird an das Schreiben des Reichspräsidenten vom 16. Juni an den Reichsinnenminister erinnert, in dem gesagt worden sei, daß der Reichspräsident entschlossen sei, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.

Eingreifen der Technischen Nothilfe bei Naturkatastrophen

Die in den letzten Tagen an zahlreichen Stellen des Reiches und vornehmlich in Mitteldeutschland niedergegangenen Wolkenbrüche und Regenmassen haben zum Teil schwersten Schaden und Zerstörung hervorgerufen. Wie stets bei solchen Anlässen hat auch diesmal wieder der Katastrophen-Hilfsdienst der Technischen Nothilfe rettend eingegriffen. Durch den Rundfunk alarmiert, hat die Technische Nothilfe sofort nach Bekanntwerden der schweren Verwüstungen in der Oberlausitz ihre Helfer aufgeboten und ist seit Samstag in Tag- und zum Teil Nachtarbeit und im Verein mit anderen Verbänden eingesetzt, und zwar mit 216 Mann ihrer Bereitschaftsgruppe Meißen, Dresden, Bautzen, Freiberg, Zittau, Löbau und Chemnitz. Von den Helfern sind noch jetzt 150 an der Arbeit

Dr. Syrup zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt

Auf Grund der Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 hat der Reichskanzler namens der Reichsregierung auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung, **Dr. Syrup**, zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Geh. Rat Dr. Syrup wurde im Jahre 1882 in der Provinz Hannover geboren und besuchte das Realgymnasium in Hannover. Nach der Reifeprüfung war er ein Jahr praktisch in verschiedenen Betrieben der Metallindustrie tätig. Dann widmete er sich dem Studium des Maschinenbaufachs. 1903 bestand er das Examen als Diplom-Ingenieur. Dann studierte er Rechts- und Staatswissenschaften. 1907 bestand er die Gewerbeassessorprüfung; dann war er als preußischer Beamter in den Provinzen Hannover, Rheinland, Oberschlesien und Pommern tätig. 1918 wurde er zum Vortragenden Rat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt. Bei Kriegsende wurde Dr. Syrup dem Demobilmachungsministerium überwiesen, 1920 trat er in den Reichsdienst als Präsident der Reichsarbeitsverwaltung über. Im Jahre 1927 wurde er zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ernannt. Auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiet hat er auch eine reiche schriftstellerische Tätigkeit entfaltet.

Aufhebung des 70prozentigen Ausmahlungsgrades für Roggenmehl

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Gördeler, hat am 14. Juli 1932 eine Verordnung über die Aufhebung der Verordnung vom 27. Februar 1932 über den Ausmahlungsgrad des Roggenmehles erlassen. Danach tritt die Verordnung über den Ausmahlungsgrad des Roggenmehles vom 27. Februar 1932 mit dem Ablauf des 31. Juli 1932 außer Kraft. Der Ausmahlungsgrad für Roggenmehl von 70 Prozent gilt also nur noch bis zum 31. Juli 1932.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses

Wie das VDZ.-Büro meldet, haben die sozialdemokratischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages sich dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses angeschlossen. Von den anderen Parteien, denen auf Veranlassung des Vorsitzenden Dr. Frick (Nat.-Soz.) ebenfalls entsprechende Anfragen zugegangen sind, liegen bisher noch keine Aeußerungen vor. In parlamentarischen Kreisen rechnet man jedoch damit, daß die für die Einberufung des Ausschusses erforderliche Mehrheit der Ausschußmitglieder zustandekommen werde, da wahrscheinlich auch das Zentrum für die Einberufung des Ausschusses eintreten wird. Fraglich ist dagegen, ob der Ausschuß noch vor den Reichstagswahlen einberufen wird. Es wird kaum möglich sein, in der nächsten Woche, also in den Tagen des Hauptwahlkampfes, noch eine Ausschußsitzung abzuhalten. Die Einberufung wird daher vielleicht erst für Anfang August erfolgen können. Der Auswärtige Ausschuß des alten Reichstages besteht ebenso wie der Ueberwachungsausschuß auch nach der Reichstagswahl noch weiter bis zur Tagung des neuen Reichstages. Da der neue Reichstag voraussichtlich erst Ende August zusammenkommen wird, kann der Auswärtige Ausschuß sehr wohl Anfang August noch eine Tagung abhalten.

Der Ueberwachungsausschuß

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, wird Präsident Löbe auf den Brief, den der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, Abg. Strasser (Nat.-Soz.) wegen der erfolgten Einberufung des Ausschusses an ihn gerichtet hat, nicht mehr antworten, da er mit der Einberufung des Ausschusses durch den Abg. Heimann (Soz.) seine Mission für erledigt hält. Der Präsident ist der Meinung, daß sich alles weitere im Ausschuß selbst ergeben werde. Er wird deshalb an der Ausschußsitzung am Freitag dieser Woche teilnehmen. Ob es noch zu größeren Auseinandersetzungen über den Schritt des Präsidenten im Ausschuß kommen wird, ist allerdings zweifelhaft, da die Nationalsozialisten gemäß der Ankündigung des Abg. Strasser an der Tagung des Ausschusses nicht teilnehmen wollen. Für den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses, der nach der Tagesordnung am Freitag zunächst zu wählen ist, werden die Sozialdemokraten ihren Abgeordneten Högner vorschlagen.

Genfer Abrüstungsbesprechung

Aus Genf, 18. Juli, wird berichtet: Nach den privaten Besprechungen, die heute vormittag nach der Ankunft des französischen Ministerpräsidenten zwischen den einzelnen Delegationen wieder begonnen haben, ist der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz in das letzte Stadium getreten. In einer Unterredung Herriots mit dem amerikanischen Delegierten wurde, wie verlautet, die Frage der Herabsetzung der Effektivstärken zu Lande, zu Wasser und in der Luft besprochen. Von amerikanischer Seite hört man, daß die Besprechungen noch nicht zu einem Ergebnis geführt haben, doch soll Aussicht bestehen, daß man sich auf eine Formulierung einigt, die es gestattet, nach Vertagung der Konferenz die Frage weiter zu behandeln. Ferner hatte Herriot eine Unterredung mit Sir John Simon, in der, wie es scheint, die Frage der Beschränkung der Heeresausgaben eine Rolle gespielt hat.

Man nimmt an, daß der Hauptausschuß am Mittwoch oder Donnerstag zusammentritt, um in öffentlicher Sitzung den Resolutionsentwurf, mit dem der erste Tagungsabschnitt der Konferenz abgeschlossen werden soll, zu diskutieren.

Am Sonntagabend ist mehreren Delegationen ein neuer

Entschließungsentwurf des tschechoslowakischen Außenministers Benesch,

des Berichterstatters der Konferenz, zugegangen. Was bis jetzt über den Inhalt dieses neuen Textes bekanntgeworden ist, verstärkt den Eindruck, daß positive Maßnahmen im Sinne einer wirklichen Abrüstung von diesem Tagungsabschnitt der Konferenz, die nach allgemeiner Auffassung in dieser Woche zu Ende gehen wird, kaum zu erwarten sind. Der Entwurf enthält zwar einen stärkeren Hinweis auf den Hoover-Plan, vermeidet es aber sorgsam, irgendeiner der großzügigen amerikanischen Abrüstungsforderungen die Form eines konkreten von der Konferenz jetzt zu beschließenden Vorschlages zu geben. Ueber das Verbot des Bombenabwurfes, die Frage der Tanks und der Kaliberstärke der schweren Geschütze usw. werden lediglich ganz allgemein gehaltene Sätze ausgesprochen. Die endgültigen Formulierungen mit den Ziffern für Maximaltonnage der Tanks, Begrenzung der Militärflugzeuge, der Kaliberstärke der schweren Geschütze usw. sollen offenbar in den privaten Besprechungen gesucht werden, wenn man überhaupt, was noch fraglich ist, die Absicht hat, auf diesem Gebiet irgendetwas Konkretes zu beschließen. Ueber die Herabsetzung der Heeresstärke gemäß den amerikanischen Vorschlägen sollen auch in diesem Text keine positiven Angaben gemacht werden.

Bezeichnend für den Geist dieser Resolution ist es, daß sie auch einer Antwort auf die Frage nach der Gleichberechtigung aus dem Wege geht. Denn, wenn es in dem Entwurf heißt, daß durch die Annahme dieser Resolution die Anträge „politischer Art", die von einigen Delegationen gemacht worden seien, für die Zukunft nicht beeinträchtigt würden, so bedeute das natürlich, daß man eine Erfüllung der Forderung nach Gleichberechtigung jetzt ablehnt. Interessant ist, daß in diesem Resolutionsentwurf zum erstenmal in konkreter Form der Vorschlag auftaucht, das im vorigen Jahr auf Antrag der italienischen Regierung geschlossene „Rüstungsfeierjahr", das am 1. November abläuft, um vier Monate zu verlängern.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß der Entwurf eine Angabe über die Fortsetzung der Abrüstungskonferenz enthält. Es soll nämlich beschlossen werden, daß die Konferenz spätestens Mitte Januar ihre Arbeiten wieder aufnehmen soll. Das würde praktisch bedeuten, daß mit einem Wiederzusammentritt der Konferenz in diesem Jahre kaum zu rechnen wäre. Wenn die Abrüstungskonferenz tatsächlich mit einer Entschließung nach diesem Muster sich bis ins nächste Jahr vertagen wollte, so würde der Eindruck auf die öffentliche Meinung nach allgemeiner Auffassung in Genf geradezu katastrophal sein.

Französisch-englisch-amerikanische Einigung in Genf

Ministerpräsident Herriot hat am Montagabend der französischen Presse in Genf nachfolgende Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsverhandlungen gemacht:

In den letzten Besprechungen zwischen der französischen, der englischen und der amerikanischen Abordnung ist im großen eine grundsätzliche Einigung zustandegekommen, nach der das künftige Abrüstungsabkommen zu einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Seewaffen und vor allem zu einer wesentlichen Einschränkung der Angriffswaffen führen soll. In den grundsätzlichen Punkten ist ein Ergebnis erzielt worden, das weitgehend dem französischen Standpunkt Rechnung trägt. In der Vertagungsentschließung der Abrüstungskonferenz wird festgestellt, daß in der ersten Phase der Konferenz über folgende Punkte eine allgemeine Einigung erzielt worden ist:

1. Begrenzung der Tonnage der Tanks.
2. Verbot der Gas-, chemischen und Brandwaffen.
3. Schaffung eines ständigen Kontrollausschusses, der über die Durchführung des künftigen Abrüstungsabkommens wachen soll.

Ferner ist eine Uebereinkunft erzielt worden, daß das am 22. September ablaufende Rüstungsfeierjahr vorläufig auf vier Monate weiter verlängert wird. Des weiteren ist vereinbart worden, daß neue Regeln des internationalen Rechts über besondere Strafmaßnahmen gegen diejenigen Mächte geschaffen werden, die in Zukunft das Abrüstungsabkommen nicht einhalten. Weiter ist die Einsetzung eines besonderen Ausschusses über die Frage der privaten Waffenherstellung und des Waffenhandels erzielt worden.

Keine Einigung besteht über folgende drei Fragen:

1. **Das Verbot der Bombenflugzeuge. Auf diesem Gebiet sind die Verhandlungen auf gutem Wege.**
2. **Die Beschränkung der effektiven Truppenbestände. In dieser Frage stoßen die Verhandlungen mit der amerikanischen Abordnung gegenwärtig noch auf große Schwierigkeiten.**
3. **In der Flottenfrage ist bisher noch keine Entscheidung getroffen.**

Herriot betonte weiter, daß man sich über eine wesentliche Herabsetzung der Heeresausgaben ge-

Man rüstet zur Reichstagswahl



Im Werbebüro der Deutschnationalen Volkspartei. In diesem Propagandabüro der Deutschnationalen Volkspartei werden die Plakate zur Reichstagswahl entworfen, begutachtet, gedruckt und ins ganze Reich geschickt. Besonders interessant ist die Verwendung des Kopfes des Altreichskanzlers von Bismarck auf den Werbeplakaten.

einigt habe. In der Vertagungsentschließung werde eine besondere Klausel angenommen werden, daß die in der ersten Phase der Abrüstungskonferenz erzielten Ergebnisse in keiner Weise weitergehenden Abrüstungsmaßnahmen in der zweiten Phase der Abrüstungskonferenz, insbesondere den Vorschlägen der einzelnen Abordnungen vorgriffen.

Aus den Ausführungen Herriots geht eindeutig hervor, daß in den Alleinverhandlungen zwischen der englischen, der französischen und der amerikanischen Abordnung eine weitgehende Uebereinkunft erzielt worden ist, die offensichtlich in der Vertagungsentschließung als das Kernstück und die Grundlage des künftigen Abrüstungsabkommens erklärt werden soll. Wie zu erwarten war, ist die Frage der Gleichberechtigung bisher überhaupt noch nicht behandelt worden.

Der Genfer Luftfahrtausschuß bis Herbst vertagt

Aus Genf, 18. Juli, wird gemeldet: Der Luftfahrtausschuß hat heute seine Beratungen auf den Herbst vertagt. Die Erörterungen über die Reglementierung der Zivilluftfahrt, die darauf abzielen, eine militärische Verwendung der Zivilluftfahrt zu verhindern, sind abgeschlossen worden. Die anderen Fragen, mit denen sich der Ausschuß zu beschäftigen hatte, das Verbot des Bombenabwurfes durch Kontrolle und eventuelle Internationalisierung der Zivilluftfahrt, sollen im Herbst weiter behandelt werden.

Aufnahme der Türkei in den Völkerbund

Die Türkei ist Montag nachmittag in einer außerordentlichen öffentlichen Bundesversammlung als 56. Mitgliedstaat in den Völkerbund aufgenommen worden.

Die Versammlung leitete der belgische Außenminister Hymans. Von den teilnehmenden Staaten war Deutschland durch den Botschafter Nadolny, Frankreich durch Herriot, England durch Sir John Simon vertreten. Die Sitzung, die einen betont feierlichen Charakter hatte, wurde von dem Vorsitzenden mit der Verlesung einer Entschließung eröffnet, in der die Versammlung den Beitritt der Türkei beschließt und die Vertreter der Türkei auffordert, an der Sitzung teilzunehmen. Die Versammlung stimmte namentlich über den Zulassungsantrag mit dem Ergebnis ab, daß sämtliche in der Sitzung vertretenen 43 Staaten sich für die Aufnahme der Türkei in den Völkerbund aussprachen. Der Vorsitzende erklärte daraufhin, unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, daß die Türkei Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Mit großem Beifall wurden sodann die im Saale anwesenden Vertreter des neuen Mitgliedstaates, der Gesandte der Türkei in Bern, Kemal Hüsnü Bei, und der Delegierte der Türkei bei der Abrüstungskonferenz, Necmetti Sadik Bei, von der Versammlung begrüßt. Während sie ihre Plätze einnahmen, richtete der Präsident der Versammlung eine Ansprache an sie, in der er den Beitritt der Türkei feierte.

Der türkische Delegierte Hüsnü Bei erklärte, daß die Türkei es als ihre Ehrenpflicht ansehen werde, an den hohen Idealen des Völkerbundes mitzuarbeiten. Er gedachte Briands und wies auf den Briand-Kellogg-Pakt hin, durch den der Völkerbundspakt vertieft werde. Damit war der Aufnahmeakt beendet.

Die 13. ordentliche Völkerbundsversammlung wird erst am 26. September zusammentreten. Einige Tage vorher wird sich der Völkerbundsrat zu seiner Herbsttagung in Genf versammeln.

Auch Amerika hat Sorgen

Der Abschluß der amerikanischen Kongreßtagung

Der Bundeskongreß der U. S. A. ist, wie bereits gemeldet, in der Nacht zum Sonntag nach siebenmonatiger Sitzungsdauer bis Dezember in die Ferien gegangen. Die Kongreßmitglieder werden sich zunächst eine kurze Ruhepause gönnen und dann in die Kampagne für die im November fällige Präsidentschaftswahl eingreifen.

Der Präsident des Repräsentantenhauses, Garner, wartete übrigens den Schluß der Kongreßtagung nicht ab, sondern verließ die Stadt bereits am Nachmittag, was seine Gegner auszunutzen versuchten. Sie behaupteten, Garner, der als Kandidat für die Vizepräsidentschaft aufgestellt ist, habe während der ganzen Kongreßtagung trotz des demokratischen Uebergewichts im Repräsentantenhaus keinerlei Führereigenschaften gezeigt und sei sogar in den letzten entscheidenden Stunden der Tagung ferngeblieben.

In Wirklichkeit hatte das Repräsentantenhaus seine Arbeit bereits erledigt, und die Abgeordneten saßen müßig herum und warteten auf das Ende der Senatssitzung. Dabei ging es recht lustig zu, denn einige Abgeordnete stimmten Lieder an, die auf beiden Seiten des Hauses freudig mitgesungen wurden.

Der Senat verabschiedete inzwischen die Novelle zum Bankgesetz, nach der die Ausgabe neuen, durch Schatzanweisungen gedeckten Papiergeldes bis zu 1,1 Milliarden Dollar zugelassen wird.

Vor dem Kapitol und dem Weißen Hause versuchten bis zum letzten Augenblick des Kongreßtages tausende Veteranen durch Demonstrationen die Erledigung der Bonusfrage zu erzwingen. Die Polizei trieb jedoch die Demonstranten auseinander, während der Kongreß die zahlreichen Veteranen-Petitionen unbeachtet ließ.

Auch ein Versuch, noch in dieser Sitzungsperiode das Alkoholverbot aufzuheben, schlug fehl, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Erhöhte Steuern, gekürzte Gehälter, stark zusammengestrichene Budgets auf der einen Seite und gewaltige Ausgaben für die Finance Reconstruction Corporation zur Stützung gefährdeter Großunternehmen und Gewährung von Anleihen an Einzelstaaten zur Speisung der Arbeitslosen andererseits, das waren die Hauptereignisse dieser längsten Tagung des Bundeskongresses in den letzten zehn Jahren.

Unterzeichnung des Vertrages über den Saint-Lawrence-Kanal

Staatssekretär Stimson und der kanadische Gesandte in Washington unterzeichneten den Vertrag über den Bau des Saint-Lawrence-Kanals, der nach einer gleichzeitig von Hoover ausgegebenen Erklärung in etwa zehn Jahren fertiggestellt sein dürfte und 90 Prozent aller Ozeandampfer den Zutritt zu den Binnensee-Häfen des Mittelwestens gewähren, die Fracht für Getreide von Chicago nach Liverpool um etwa 40 Prozent verbilligen und den Vereinigten Staaten etwa 1 Million Pferdekräfte Elektrizität verschaffen werde.

Eine Stimme für Regelung des Kriegsschulden-Problems

Die Newyorker Blätter „Herald Tribune" und „Times" bringen von dem bekannten Publizisten Walter Lippmann eine Rundfunkrede über die Kriegsschulden. In dieser Rede wendet sich Lippmann gegen die vorausgegangenen Ausführungen des Verlegers Hearst, der das amerikanische Volk warnte vor einer europäischen Verschwörung, die die Kriegsschuldenzahlung zu vereiteln suche. Lippmann empfiehlt die Annahme jeder billigen Lösung des Kriegsschuldenproblems, damit der 18 Jahre dauernde Krieg, den Europa nunmehr beendet habe, auch für Amerika zu Ende gehe.

Der Aufstand in Brasilien

Wie das Reuterbüro aus Montevideo erfährt, liegen dort Berichte von der brasilianischen Grenze vor, nach denen zwei Regimenter der Bundestruppen, die gegen die Rebellen vorgehen sollten, zu den Aufständischen übergegangen sind.

Demgegenüber besagt eine Meldung aus Rio de Janeiro, daß ein Emissär der Aufständischen sich an Bord eines Zerstörers nach Santos begeben hat, um die Friedensverhandlungen mit der Bundesregierung zu beschleunigen.

Herriot und die Sozialisten

Eine Rede Blums

Mit dem Verhältnis der französischen Sozialisten zu den Radikalen, das durch die Abstimmung über die Beibehaltung der Reservistenübungen eine Trübung erfahren hatte, beschäftigte sich der sozialistische Abgeordnete Leon Blum auf einem Bankett der sozialistischen Bezirksvereinigung in Chateauroux. Er glaube nicht, so erklärte Leon Blum, daß dadurch, daß die Sozialisten gegen die Regierung Herriot gestimmt hätten, die Bildung einer stabilen Konzentrationsmehrheit nach der Mitte zu begünstigt werden könne. Er sei im Gegenteil davon überzeugt, daß diese Warnung, die die Sozialisten dem Kabinett Herriot hätten zukommen lassen, eine nachhaltige Wirkung ausüben werde. Die französischen Sozialisten verlangten nicht etwa, daß die Regierung das sozialistische Programm durchführte, aber sie verlangten von ihr, daß sie sich selbst treu blieb und an den gemeinsamen Punkten des radikalen und des sozialistischen Programms festhalte, die bei den letzten Wahlen gesiegt hätten. Auf der Abrüstungskonferenz, fuhr Blum fort, werde das Schicksal der Regierung und der französischen Linksmehrheit entschieden werden. Wenn Herriot bei den Verhandlungen über den Hooverschen Abrüstungsvorschlag entschieden zugunsten einer Einschränkung der Eventualbestände und zugunsten der Abschaffung der Bombenflugzeuge Stellung nehme, dann werde der Dienst, den er dadurch Frankreich leiste, die Besorgnisse zerstreuen, die zurzeit wie im Jahre 1924 aufstiegen. Herriot könne, wenn er Mut habe, in Genf das Aussehen der französischen Politik ändern.

„Die menschliche Solidarität muß über dem nationalen Egoismus stehen"

Der französische Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen, Patenotre, ging in einer Rede anläßlich der Einweihung der Warenmesse in Nancy auf die Weltwirtschaftskrise ein und betonte die Notwendigkeit einer internationalen Lösung dieser Krise. Die Völker schienen endlich begriffen zu haben, daß man über den nationalen Egoismus die menschliche Solidarität stellen müsse. Darum könne man heute auf die Wiederkehr normaler Zeiten hoffen.

Zur Wirtschaftslage Frankreichs erklärte Unterstaatssekretär Patenotre, der Inlandswarenaustausch sei 1932 um mehr als 20% gegenüber dem Durchschnitt von 1928-31 zurückgegangen, der Außenhandel um mehr als die Hälfte, das Außenhandelsdefizit mache 1932 20% des Umsatzes überhaupt aus, während es 1929 nur 7,5% betrug. Auch die Einnahmen Frankreichs aus Kapitalzinsen und aus dem Fremdenverkehr seien gesunken. Eine Isolierung Frankreichs inmitten der Weltkrise sei nicht möglich. Die Kontingentierungen seien nur vorübergehende Verteidigungsmaßnahmen. Um den Warenaustausch wiederherzustellen, gebe es drei Möglichkeiten: 1. budgetäre Deflation, 2. Währungsminderung, wie es England mit seiner Währung vorgenommen habe, und 3. Herabsetzung der Schulden. In Lausanne hätten die Gläubigermächte unter Vorbehalt Deutschland einen sehr großen Nachlaß seiner politischen Schulden bewilligt. Jetzt müsse man entschlossen an die allgemeine Regelung herangehen.

Man rüstet zur Reichstagswahl



Die Kommunistische Partei Deutschlands hat dieses eindrucksvolle Plakat geschaffen, mit dem sie zum Kampf gegen das System auffordert.

Ostpreußenkundgebung der Studentenschaft

Aus Hohenstein wird berichtet: Eine von schönem Wetter begünstigte Dampferfahrt über die masurischen Seen brachte die zum Bekenntnis zum abgetrennten Ostpreußen entschlossene Studentenschaft am Sonntagmittag nach Rudczanny, von wo es in Kraftwagen weiter nach Hohenstein ging, wo man um 16 Uhr am Nationaldenkmal eintraf. Außer den Studenten füllten den Ehrenhof um das ragende Kreuz viele sonstige Gäste und die Bevölkerung. Wehrkreispfarrer Müller-Königsberg hielt eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung Ostpreußens für die Stellung des Deutschtums im Osten hinwies. Die begeisterten Zuhörer stimmten spontan das Deutschlandlied an. Nach einer Führung durch die verschiedenen Türme des Tannenberg-Nationaldenkmals hörten die Teilnehmer den Vortrag eines Reichswehroffiziers über die wehrpolitische Lage Ostpreußens und traten dann in Kraftwagen die Fahrt nach Allenstein an, um abends einen Vortrag über den ostpreußischen Grenzkampf zu hören.

Vereinbarung im Ibbenbürener Steinkohlenbergbau

In dem Tarifvertragsstreit im Ibbenbürener Steinkohlenbergbau wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für Westfalen folgende Vereinbarung getroffen:

Der bestehende Manteltarifvertrag wird unverändert wieder in Kraft gesetzt, jedoch wird in diesem Urlaubsjahr denjenigen Arbeitern, die ihren Urlaub vom 1. Juli 1932 ab erhalten, 20 Prozent ihrer Urlaubsbezahlung abgezogen.

Der Manteltarif läuft unkündbar bis zum 31. März 1933 und ist mit sechswöchiger Frist erstmalig zu diesem Termin und weiterhin mit gleicher Frist sechswöchig zum Vierteljahrestermin kündbar.

Kleine politische Nachrichten

Berliner Universität wieder geöffnet

Die Berliner Universität wurde am Montag wieder geöffnet. Der Lehrbetrieb konnte überall durchgeführt werden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die Ueberwachung des Ehrenmals, an dem noch die Kränze von der Langemarck-Feier liegen, haben jetzt Beamte der Universität übernommen, nachdem die Studentenwache am Samstagabend zurückgezogen worden war.

Amtsenthebung eines sozialdemokratischen Schulrats in Mecklenburg

Aus Schwerin, 18. Juli, meldet das Wolffbüro: Der nationalsozialistische Unterrichtsminister Dr. Scharf hat dem sozialdemokratischen Landesführer und Regierungsrat Puls mitgeteilt, daß die neue Regierung auf seine weitere Beschäftigung zu verzichten beabsichtige. Puls dürfte in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.

Frische Vergeltungsmaßnahme

gegen England

Einer Meldung aus Dublin zufolge gab die Valera im Anschluß an eine lange Kabinettssitzung eine Erklärung über die Gründe des Scheiterns seiner Londoner Verhandlungen mit Macdonald ab. In der Erklärung heißt es, die Regierung des irischen Freistaates weigere sich, den von der britischen Regierung aufgestellten Grundsatz anzuerkennen, daß bei schiedsgerichtlicher Entscheidung eines Streites zwischen zwei Mitgliedern des britischen Gemeinwesens die Schiedsrichter dem britischen Gemeinwesen angehören müssen. Die andere Möglichkeit, die darin bestehe, die beiderseitigen Differenzen durch direkte Verhandlungen zu erledigen, sei ebenfalls von der britischen Regierung zunichte gemacht worden durch das Verlangen nach Fortsetzung der Zahlung der Landannuitäten. Die irische Regierung wünsche keinen Wirtschaftskrieg mit England, aber sie werde die Interessen ihres Volkes verteidigen.

„Daily Telegraph" meldet: Dem Senat des irischen Freistaates wird eine Notverordnung über Zölle unterbreitet werden, die auf Waren aus England gelegt werden sollen. Es handelt sich um eine Antwort auf die gleiche Maßnahme der britischen Regierung gegenüber der irischen Einfuhr nach England. Zu der neuen Zollliste werden wahrscheinlich gehören: 1. Abgaben auf Kleidungsstücke, Schuhwerk und Kohlen, 2. wesentliche Erhöhung der Stempelsteuer, die irische Besitzer britischer Wertpapiere zu bezahlen haben, 3. Besteuerung der Prämien britischer Versicherungsgesellschaften.

Das Blatt berichtet ferner, daß große Mengen britischer Waren in aller Eile nach Irland verschifft werden sollen, bevor die neuen Zölle in Kraft treten. Inzwischen habe die Ausfuhr von Vieh, Schafen, Schweinen, Butter und Eiern aus dem Freistaate nach England so gut wie aufgehört. Die Abfahrt einer Anzahl von Dampfern nach England sei abgesagt und in mehreren Fällen sei die Mannschaft abgelöhnt worden. Andererseits seien aus Ulster (Nordirland) große Sendungen von Vieh und Schafen in Lancashire gelandet worden

Kleine Meldungen

Die Ostasienfliegerin Marga von Etzdorf, die in Wien zum Rückflug gestartet war, traf in Berlin auf dem Flugplatz ein. Fünf Sportmaschinen waren ihr zur Begrüßung entgegengeflogen. Die Fliegerin wurde nach ihrer Landung stürmisch begrüßt. Zum Empfang war die Großmutter der Fliegerin erschienen, weiter Ozeanflieger von Köhl, Vertreter der Behörden, der Luftfahrtverbände und viele persönliche Freunde und Bekannte.

Sprengstoffbeschlagnahme in Bernau. In einer Wohnlaube in Bernau bei Berlin beschlagnahmte die Polizei sechs Pfund Ammonit, einen gefährlichen Sprengstoff. 1½ Pfund waren bereits für Sprengungen vorbereitet, mit Zündschnur und Sprengkapseln versehen. Der aus Berlin stammende Sohn des Wohnlaubenbesitzers wurde verhaftet.

Am Hochkalter abgestürzt. Aus Reichenhall, 18. Juli, wird berichtet: Zwei Nürnberger Kaufleute stürzten gestern bei einer Besteigung der schwierigen Nordwand des Hochkalters von der Schärtenspitze ab. Sie waren sofort tot. Heute vormittag ist eine Bergungsexpedition abgegangen.

Schiffszusammenstoß auf dem St.-Lorenz-Strom. Nach einem Funkspruch des Dampfers „Empreß of Britain", auf dem sich die englischen Delegierten zur Wirtschaftskonferenz in Ottawa befinden, ist dieser auf dem St.-Lorenz-Strom im Nebel mit dem Dampfer „Briarswood" zusammengestoßen, aber nur leicht beschädigt worden.

Ein Polizeibeamter in Berlin wegen Mißhandlung sofort entlassen. Aus Berlin wird gemeldet: Der Polizeioberwachtmeister Fritsche wurde durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten mit sofortiger Amtsenthebung bestraft. Fritsche war bereits seine Stellung wegen Untauglichkeit zum 10. August gekündigt worden. Er hat einen Zwangsgestellten mißhandelt und auch einen Schuß auf ihn abgegeben, der glücklicherweise sein Ziel verfehlte.

Durch Unwetter verwüstete Bahnstrecken



Ein Bild des durch das Hochwasser unterwaschenen Bahndammes bei Zeitzgrund zwischen Hermsdorf und Schleifreisen mit einem Güterzug, der hier entgleiste.

Attentatsversuch auf den finnischen Verteidigungsminister

Aus Helsingfors wird gemeldet: Auf den finnischen Verteidigungsminister wurde am Sonntagmorgen ein Attentatsversuch ausgeführt, der jedoch nicht gelang. Vier Männer drangen in das Landhaus des Ministers in Lappo ein und gaben mehrere Revolverschüsse auf ihn ab, die fehlgingen. Nach diesem Versuch flüchteten die Täter. Drei entkamen, während der vierte festgenommen werden konnte.

Unterm 18. Juli wird dann gemeldet: Die drei Männer, die gestern nach dem mißlungenen Anschlag geflüchtet waren, konnten heute festgenommen werden.

Ausweisung des britischen Zollkommissars in Charbin

Reuter meldet aus Schanghai, 18. Juli: Nach Mitteilung des Generalinspektors der chinesischen Zölle, Sir Frederic Maze, hat der britische Zollkommissar in Charbin von der Mandschukuo-Regierung — wie es heißt, auf Betreiben des japanischen Beraters — die Aufforderung erhalten, seine Wohnung sofort zu räumen. Der ausgewiesene Zollkommissar hat bei den japanischen und britischen Behörden Beschwerde erhoben.

Deutschfeindliche Kundgebung in Dirschau

Eine als deutschfeindliche Kundgebung aufgezogene Tagung der Polen aus Ermland, Masuren und den ehemaligen Marienwerderschen Abstimmungsgebieten fand in Dirschau statt. In den Ansprachen, die auf dem Marktplatz gehalten wurden, forderte man die Einverleibung Ostpreußens und Danzigs, die man als urpolnische Gebiete bezeichnete, und verlangte Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit in Polen sowie Unterstützung der „unerlösten polnischen Bevölkerung" jenseits der Grenze. Bei der Kundgebung wurden Tafeln mit deutschfeindlichen Aufschriften herumgetragen. Dem Ehrenausschuß der Veranstaltung gehörten u. a. der Starost und der Bürgermeister von Dirschau an.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Berlin

Der neue Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, H. B. Butler, ist in Berlin eingetroffen, um der Reichsregierung einen Antrittsbesuch zu machen. Butler wird die Gelegenheit benutzen, um auch sachliche Angelegenheiten mit der Reichsregierung zu besprechen. Er ist vom Reichsarbeitsminister empfangen worden und wird dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen seinen Besuch abstatten.

Ertrunken

In einer Gewitterböe kenterte bei Travemünde ein mit drei Kindern besetztes Paddelboot. Von den drei Insassen, Brüdern, konnte sich nur der 15jährige älteste retten, die beiden anderen, 10 und 9 Jahre alt, ertranken.

312 Tonnen Dynamit gingen in die Luft

8 Tote bei einer Explosion

Aus Kimberley wird gemeldet: Bei einer schweren Dynamitexplosion wurden in der Nähe von Maguassi (Transvaal) acht Personen getötet. 312 Tonnen Dynamit, die mit der Eisenbahn zum „Goldrand" befördert wurden, entzündeten sich aus bisher noch unbekannter Ursache. Die furchtbare Detonation wurde in meilenweitem Umkreis gespürt. Die 34 Wagen des Güterzuges wurden aus den Gleisen geworfen. Wie durch ein Wunder blieb die Maschine unbeschädigt. Mit furchtbarer Gewalt riß die Explosion einen 15 Fuß tiefen und 300 Meter langen Graben in die Erde.

Die acht Toten sind drei Kinder, eine Frau, ein Bergschullehrer, zwei Eingeborene und der Zugführer. Die Explosion erfolgte gerade in dem Augenblick, als der Zug die Ortschaft Leeuwdoerns, 250 Klm. von Kimberley, passierte. Die Getöteten waren mit Ausnahme des Zugbegleiters Einwohner von Leeuwdoerns, die die Durchfahrt der „größten Dynamitsendung der Welt" hatten ansehen wollen. Ein 150 Meter von der Explosionsstelle entfernt stehendes Haus wurde völlig zerstört, wobei die Bewohnerin den Tod fand. Die Zerstörung aller Telegraphen- und Telephonleitungen in der Umgebung der Katastrophe hat den Nachrichtenverkehr sehr behindert.

Der Tag der Entscheidungen

Der dritte und Schlußtag des Keglerbundesfestes in Leipzig brachte die Entscheidungen in allen Konkurrenzen. In den Mannschaftskämpfen blieben Berlin, Hannover und Braunschweig siegreich. Die Meisterschaft auf internationaler Asphaltbahn holte sich der Bornauer Höffner mit 1149 Holz und die Meisterschaft auf internationaler Bohlenbahn errang Geiberger aus Bremerhaven mit 1544 Holz. Nachstehend die Ergebnisse:

Mannschaftskämpfe:

Asphaltbahn: 1. Braunschweig 5600 Holz, 2. Halle 5591 Holz, 3. Dresden 5560 Holz.
Bohlenbahn: 1. Hannover 7531 Holz, 2. Berlin 7513 olz, 3. Hamburg 7432 Holz.
Scherenbahn: 1. Berlin 6937 Holz, 2. Chemnitz 6741 Holz, 3. Hagen i. W. 6733 Holz.
Intern. Bahn: 1. Berlin 3504 Holz, 2. Stuttgart 3424 Holz, 3. Hamburg 3322 Holz.

Einzelkämpfe:

Asphaltbahn: 1. Höffner-Bornau 1149 Holz, 2. Rediger-Chemnitz 1141 Holz, 3. Kaiser-Werdau 1135 Holz.
Intern. Bohlenbahn: 1. Geiberger-Bremerhaven 1544 Holz, 2. Schweilmann-Hannover 1538 Holz, 3. Deweler-Hannover und Arp-Kiel je 1522 Holz.
Scherenbahn: 1. Roschild-Berlin 1452 Holz, 2. Gerlach-Siegerland 1425 Holz, 3. Schillings-Leipzig 1409 Holz.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter, sagen wir hierdurch allen Verwandten, Nachbarn, Freunden und Bekannten unseren tiefempfundenen Dank.

Geschwister Adams

Großbruch, im Juli 1932.

Danksagung

Für die uns zur Vermählung dargebrachten Glückwünsche sagen wir allen Verwandten und Bekannten, der Nachbarschaft und dem Ballspiel-Verein 1911 Burscheid sowie dem Turn-Verein „Frisch-Auf" Hilgen unseren herzlichsten Dank.

Alfred Röttger und Frau
Hildegard geb. Prante

Burscheid, im Juli 1932.

Öffentliche Steuermahnung

Die Rückstände an Grundvermögen- und Hauszinssteuern für den Monat Juli 1932 werden hiermit öffentlich angemahnt und gleichzeitig an die sonst noch bestehenden bereits gemahnten Reste von Steuern und Abgaben erinnert.

Die Stadtkasse ist angewiesen, alle nicht gestundeten Steuerreste unnachsichtlich zwangsweise beizutreiben.

Auswärtige Hebetermine finden statt

am Dienstag, den 19. Juli, in Hilgen, in der Wirtschaft Hirschfelder,
am Mittwoch, den 20. Juli, in Dierath, in der Wirtschaft Busch, jedesmal von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Burscheid, den 18. Juli 1932.

Die Stadtkasse. I. V.: Fleck.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung

Die von mir unter dem 10. 6. 1932 erlassene viehseuchenpolizeiliche Anordnung betreffend den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des Otto Manheim in Orth bei Witzhelden wird, da die Seuche erloschen ist, hiermit aufgehoben.

Opladen, den 13. Juli 1932.

Der Landrat. I. V.: Roßberg.

Gesucht gegen Barzahlung
80—120 Morgen großes arrondiertes
Gut
mit guten mögl. massiven Gebäulichkeiten. Offerten mit Beschreibung unter **G. 865** an die Ann.-Exp. **D. Schürmann, Düsseldorf.**

Wipperaue

Mittwoch, den 20. Juli 1932
3. Rosen-Fest
Höhscheider Stadt-Kapelle
Großartige Rosendekoration und Beleuchtung
Reichhaltige Abendplatten



Auf dem Drauberg
Sonntag, den 24. Juli 1932, großes
Konzert
ausgeführt vom Posaunenchor Neuenhaus (24 Musiker). Außerdem großes
Preiskegeln sowie Kinder-Belustigungen
Die Kinder versammeln sich um 2.30 Uhr an der Rotbuche, von wo es geschlossen zum Drauberg geht. — Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. — Eintritt für Nicht-Mitglieder 20 Rpf, Mitglieder haben freien Eintritt. — Anfang 3 Uhr.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
der Naturheilverein Burscheid eV

Fußkranke
Unsere Orthopädie ist maßgebend.
Tausenden Fußkranken haben wir geholfen.
Rombelsheim
Opladen
Kämpchenstr. 11. Seit 1862. Düsseldorferstr. 3.

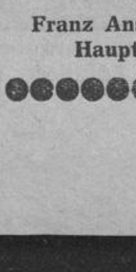
Hühnerstall

ca. 6 mal 16 m, zerlegbar, auch für andere Zwecke geeignet, zu verkaufen.

Angebote unter K. O. 45 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ich empfehle mich im
Flicken u. Stopfen in u. außer dem Hause (pr. Tag 1-1.50 RM)
Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Ztg.

Gebrauchter
Herd
zu kaufen gesucht. — Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.



Gummi-Stempel
Email-Schilder!
f. Handel, Gewerbe, Behörden, Private und Vereine liefert schnell und billig
Franz Ansin, Burscheid
Hauptstraße 33.

Viehmärkte vom 18. Juli 1932

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfurt
Auftrieb: Großvieh	541	957	—	694	1128	1528
Ochsen	4	45	38	98	265	—
Bullen	210	220	84	85	207	—
Kühe	200	599	156	342	565	—
Färsen	80	78	81	82	76	—
Fresser	47	15	3	87	15	—
Kälber	693	529	605	556	1192	768
Schafe	90	26	—	2	38	95
Schweine	2421	2510	2717	2848	5028	5412
Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	—	—	34—37	33—36	34—38	31—34
b) ältere	—	—	—	—	28—31	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	—	—	30—33	26—32	29—32	27—30
b) ältere	—	—	—	—	25—27	—
fleischige	—	—	24—29	—	23—26	24—26
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	25—28	26—28	26—28	25—27	26—29	26—29
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	21—23	23—25	22—25	20—24	22—25	22—25
fleischige	19—21	20—22	18—21	—	18—21	—
gering genährte	15—18	16—19	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	28—30	27—29	27—30	28—30	28—32	23—27
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25—27	24—26	23—26	24—27	24—27	18—22
fleischige	21—24	21—23	29—22	20—23	20—23	14—17
gering genährte	15—20	15—20	15—18	15—19	14—18	—
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	32—36	31—33	30—34	32—34	31—35	31—34
vollfleischige	29—31	28—30	26—30	26—31	26—30	26—30
fleischige	26—28	25—27	20—24	20—25	—	21—25
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	15—21	—	—	17—22	18—25	—
Kälber: Doppellender bester Mast	45—55	—	50—60	—	45—57	—
beste Mast- und Saugkälber	35—38	36—39	33—38	35—38	35—40	34—37
mittlere Mast- und Saugkälber	28—34	30—35	25—32	30—34	30—34	29—33
geringe Kälber	20—26	23—28	15—24	20—29	24—28	23—28
Schafe: Mastl. u. jg. Masth. a) Weidemast	32—35	—	—	—	—	27—30
b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
mittl. Mastl., ält. Masth., gut gen. Schafe	25—30	—	—	—	—	—
fleischiges Schafvieh	—	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	15—20	—	—	—	—	—
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	42—44	40—43	41—44
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	43—45	42—44	40—44	42—44	41—45	41—44
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	43—46	42—44	42—46	42—44	40—46	42—45
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	42—44	41—43	40—45	40—41	38—44	40—44
fleischige von ca. 120—160 Pfd.	38—40	39—41	36—41	36—39	32—38	36—42
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	30—35	—	—	—
Sauen	32—38	34—40	—	34—38	32—36	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr 167 2. Blatt Dienstag, 19. Juli 1932

Wenn es im Lautsprecher prasselt

Bekanntlich sind während des Sommers die atmosphärischen Störungen besonders stark. Hauptsächlich hört man oft ein Prasseln im Lautsprecher, das den Empfang empfindlich stört. Tatsächlich scheint es gegenwärtig noch kein Mittel zu geben, das atmosphärische Störungen vollkommen ausscheidet. Man hört zwar von sogenannten Untergrundantennen, das heißt Antennen, die man in der Erde geeignet vergräbt. Aber derartige Antennen ergeben — wie in der Rundfunk-Rundschau ausgeführt wird — sogleich eine Schwächung der Empfangsfeldstärke und damit auch der Lautstärke. Die atmosphärischen Störungen werden demgemäß auch gemildert, aber zugleich wird auch die Lautstärke vermindert. In der Großstadt läßt sich aber auch eine solche Untergrundantenne kaum anlegen, denn man müßte dann schon das Straßenpflaster aufreißen und dazu dürfte wohl kaum die Genehmigung erteilt werden. Ein unbedingt wirksames Mittel gegen atmosphärische Störungen gibt es nicht. Man kann höchstens eine Maßnahme anwenden, die sich immer wieder bewährt hat. Man soll nämlich nicht mit zu großer Lautstärke arbeiten, denn unser Ohr ist nicht gegen alle Töne jeder Tonhöhe gleich empfindlich. Nun ergeben aber die atmosphärischen Störungen ein Geräusch einer gewissen Tonhöhe. Bei großen Lautsprechern umfaßt unser Ohr nun den Tonbereich leichter, der den Störungen zukommt, während wir bei geringerer Lautstärke diese Störungen weniger stark vernehmen würden; denn dann würden die Töne der Rundfunkdarbietung eines Senders stärker durch das Störgeräusch hindurchkommen. Wenn man also bei Vorhandensein von atmosphärischen Störungen mit einem schwächeren Empfänger arbeitet, kann man eine Darbietung meist noch einigermaßen deutlich vernehmen, während dies bei einem Großempfänger nicht mehr möglich ist. Im Sommer scheint also ein schwächerer Empfänger vorteilhafter zu sein.

Rotkreuztag in Bergisch Neukirchen

Zur gleichen Zeit, als der Neukirchener Schützenverein am Sonntag sein Volksfest hatte, vereinigten sich die freiwilligen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz des Rhein-Wupper-Kreises zur Jahresversammlung in Berg. Neukirchen. Wenn auch das regnerische Wetter wenig einladend zu einer Ausfahrt war, so hatte der Tillmann'sche Saal trotzdem einen starken Besuch. Alle 22 Kolonnen des Kreisverbandes waren dem Rufe des Kreisverbandes gefolgt, um den Rechenschaftsbericht des Vorstandes entgegen zu nehmen und sich über die weiteren Wege der freiwilligen Helferarbeit auszusprechen. Die Verhandlungen verliefen recht einmütig und waren getragen von dem Gedanken der hohen Aufgabe und Bedeutung des Roten Kreuzes.

Reichsbahnrat Bückart eröffnete die Versammlung und konnte eine Reihe von Ehrengästen begrüßen. Landrat Trimborn dankte seinerseits für die Einladung zu der Tagung und betonte, daß er stolz darauf sei, daß das Sanitätswesen des Kreises in der Rheinprovinz an führender Stelle stehe. Infolge der durch die Zeitverhältnisse ständig gestiegenen Anforderungen sei ein weiterer Ausbau der Organisation notwendig, besonders auch hinsichtlich des Gasschutzes. Soweit es in den Kräften des Kreises stehe, würde die Organisation weiterhin unterstützt werden. Der Redner verwies noch auf die Notwendigkeit, die Idee des Roten Kreuzes gerade heute, wo durch das Vaterland der Brudermord tobe, besonders hochzuhalten. Rudolf Tillmanns hielt in seiner heiteren Art eine Rede zum Lobe der treuen Verbundenheit der Sanitätskolonnen und Feuerwehren und beglückwünschte die Neukirchener Kolonne insbesondere, die auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken konnte.

Reichsbahnrat Bückart erstattete darauf den Geschäftsbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Seit der Gründung des Kreisverbandes des Rhein-Wupper-Kreises am 6. April 1930 haben stattgefunden: Vorstandssitzungen des Gesamtvorstandes am 21. Februar 1931; Vorstandsitzungen des engeren Vorstandes 3. Eine Generalversammlung haben wir nicht abgehalten, weil wichtigere Sachen nicht zur Besprechung standen und das Vorliegende vom Vorstand erledigt werden konnte. Die Notzeit ließ auch geboten erscheinen, an den Kosten für Tagungen zu sparen. Der Mangel an Mitteln hat auch ein häufigeres Zusammentreten zu Uebungen verhindert. Die Unterstützungen an die Kolonnen seitens der Gemeinden sind in sehr vielen Fällen ausgefallen oder doch stark eingeschränkt worden. Auch bei uns im Kreisverband hat es mit den Unterstützungen seitens des Kreises sehr gehapert. Während wir 1930 noch einen Zuschuß erhalten haben, ist dieser 1931 ganz ausgeblieben. Wenn es uns trotzdem möglich gewesen ist, noch einiges für die Kolonnen zu tun, so hat das seinen Grund in der Tatsache, daß wir Tragbahren und sonstiges Gerät billig angefertigt bekommen haben. Wir sind dafür der Reichsbahn und besonders dem Reichsbahn-Ausbesserungswerk Opladen zu Dank verpflichtet.

Es ist außerdem möglich gewesen, die Kolonnenführer zu einer Gasschutztagung am 2. und 9. Mai 1931 zusammen zu rufen, auf der Herr Dr. Le Blanc, der Kreisinspekteur der Kreisinspektion 2, einen Vortrag gehalten hat. Im Anschluß an den Vortrag wurde in Leverkusen durch gütiges Entgegenkommen des Branddirektors der J. G. Farbenindustrie ein praktischer Lehrgang im Gasschutz durchgeführt am 16. und 25. Mai 1931.

Am 20. Februar 1932 war es durch das Entgegenkommen der Reichsbahn möglich, den Gasunterrichtswagen der Reichsbahn zu besichtigen. An der Besichtigung haben sich Aerzte und Kolonnenführer aus dem Bereich beider Inspektionen rege beteiligt, die Zahl der Teilnehmer betrug 67.

Bezgl. des Straßenhilfsdienstes konnte weiter noch nichts unternommen werden, weil Mittel vom Kreis nicht überwiesen wurden. Wir haben uns jedoch die Frage vorzulegen, ob wir nicht doch an die Beschilderung herangehen müssen.

Im April 1932 hatten wir Gelegenheit, durch das Reichswehrministerium einen Film zu erhalten, der die Unterlagen des Gasschutzes behandelt. Es handelte sich um einen äußerst lehrreichen Film, der unseren Kolonnen im oberen und unteren Kreise vorgeführt wurde und der zur Unterrichtung über den Gasschutz sehr geeignet ist. Wir konnten ferner neben diesem Film noch vorführen den Bremer-Film über die dort abgehaltenen Gasschutzübungen. In dieser Uebung wurde zum ersten Male das Zusammenwirken der verschiedensten Organisationen bei Gaskatastrophen gezeigt. Des weiteren führten wir noch einen Film vor, der Rettungsdienst bei der Reichsbahn der ebenfalls sehr angesprochen hat. In Anlehnung an diesen Film werden wir noch ein Merkblatt ausarbeiten für den Reichsverband, was die Arbeiten der Sanitätskolonnen bei Zugunglücken erläutern soll. Im ganzen genommen dürfen wir also sagen, daß recht erfreuliches geleistet wurde und das fleißig gearbeitet worden ist.

Am Schlusse der Ausführungen des Vorsitzenden wurden die verstorbenen Kameraden von der Versammlung durch Erheben von den Sitzen geehrt. Kassierer Katherey berichtete dann über die Kassenverhältnisse. Den Einnahmen von 1303,07 Mark standen 1187,17 Mark Ausgaben gegenüber, sodaß ein Bestand von 115,90 Mark verblieb. Da Kasse und Buchführung in Ordnung gefunden worden waren, wurde dem Kassierer Dank und Entlastung zuteil. Unter Punkt 3 wurde mitgeteilt, daß die Herbstübung in diesem Jahre am 21. August in Witzhelden sei. Zur Frage der Ausbildung von Führern gab Dr. Pottjahn einige Anregungen. Die dann folgende Vorstandwahl hatte die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes zur Folge. Der Beitrag für den Kreisverband wurde mit 10 Pfg. je Mitglied belassen.

Aus der Provinzial-Tagung in Koblenz berichtete der Vorsitzende über die Verhandlungen zur Sicherung des Gas- und Luftschutzes ein Arbeitsgebiet, mit dem sich die Sanitätskolonnen noch näher zu beschäftigen haben. Vorläufig ist vorgesehen, daß sich die Führer und Aerzte mit den herausgegebenen Richtlinien vertraut machen. Landrat Trimborn wünschte im Hinblick auf die von der Kreisverwaltung bisher gebildeten Organisationen ein Hand in Hand arbeiten — der Sanitätskolonnen und Feuerwehren mit den Behörden.

Einen schönen Abschluß fand die Tagung in einer Ehrung von verdienstvollen Sanitätern durch Geheimrat Potjan. Er konnte 12 Kameraden das Ehrenzeichen vom preuß. Landesverband vom Roten Kreuz für 10 und 25jährige Tätigkeit und 10 Kameraden die Auszeichnungsborde für 15jährige Tätigkeit überreichen. Dr. Potjan übergab den Kameraden die Auszeichnungen mit Worten herzlicher Anerkennung wie des Dankes für die Treue und Verdienste. Bürgermeister Vaupel hatte außerdem kürzlich das Ehrenzeichen des deutschen Roten Kreuzes als dessen höchste Auszeichnung erhalten. Vorsitzender Bückart schloß die Tagung mit Dank für die rege Teilnahme und Mitarbeit.

Urlauber! Vergeßt nicht den Stimmschein!



Für die Urlauber, die am Tage der Reichstagswahl, am 31. Juli, nicht an ihrem Wohnort weilen, ist es unbedingt erforderlich, sich einen Stimmschein zu besorgen. Man kann dann in jedem deutschen Ort wählen — außerdem kostet es nichts!

Arbeitgeber und -nehmer wollen helfen

Das Landesarbeitsamt Rheinland teilt mit:

Die Notverordnung vom Juni 1931 ermächtigte die Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe und Verwaltungen, die über 10 Arbeitnehmer beschäftigen, die regelmäßige Arbeitszeit auf 40 Stunden herabzusetzen. Von dieser Ermächtigung hat die Reichsregierung, offenbar vor allem wegen des Widerstandes aus Kreisen der Wirtschaft gegen eine schematische Regelung der Arbeitszeitverkürzung, keinen Gebrauch gemacht. Sie hat aber deshalb die Bestrebungen, durch Arbeitsstreckung den Arbeitsanfall auf eine größere Anzahl Arbeitnehmer zu verteilen, keineswegs fallen gelassen. Der Herr Reichsarbeitsminister hat vielmehr die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beauftragt, nunmehr nachdrücklich zu versuchen, die Arbeitsstreckung auf dem Wege bezirklicher oder örtlicher freiwilliger Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern. Zu diesem Zwecke wird bei jedem Landesarbeitsamt ein Kurzarbeitsausschuß gebildet, der sich aus Vertretern der Arbeitgeber-, Arbeitnehmer-Verbände und der öffentlichen Körperschaften zusammensetzt und unter Mitwirkung der beteiligten Landesbehörden die Grundlage für die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit abgeben soll.

Die Schwierigkeiten, die der erfolgreichen Durchführung dieser Aufgaben entgegenstehen, werden keineswegs verkannt. Doch haben Arbeitgeber- wie Arbeitnehmer-Verbände ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bereits erklärt, wenn auch die Arbeitnehmer die Arbeitsstreckung in dieser Form für unzulänglich halten. Möglichkeiten zur Arbeitsstreckung sind trotz der in den letzten Jahren gestiegenen Kurzarbeit durchaus gegeben. Nach der Gewerkschaftsstatistik arbeiteten Ende Mai noch 60 Prozent der beschäftigten Mitglieder voll.

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland hat die Vorsitzenden der Arbeitsämter beauftragt, mit den Gewerbegruppen und Betrieben ihres Bezirks, die für eine Arbeitsstreckung in Frage kommen, in Verbindung zu treten. Unter Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Schlichtungsbehörden, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände und der Gemeinden sollen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Vereinbarungen zur Arbeitsstreckung in irgend einer Form erreicht werden, mit dem Ziele zusätzliche Arbeitskräfte in den Betrieb aufzunehmen oder beabsichtigte Entlassungen zu vermeiden. Dabei werden Kurzarbeiterunterstützung und Krümpersystem die Einführung der Kurzarbeit erleichtern können.

Das Landesarbeitsamt wird sich dieser in der Notzeit unseres Volkes und unserer Wirtschaftsarbeitsmarkt- und sozialpolitisch überaus wichtigen Aufgabe der Arbeitsstreckung mit ganzer Kraft annehmen und bittet Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Behörden und alle Kreise der Oeffentlichkeit seine Bestrebungen durch Mitarbeit, Anregungen und Vorschläge nachdrücklichst zu unterstützen. Die Arbeitsstreckung soll in erster Linie eine Hilfe für die notleidenden erwerbslosen Volksgenossen sein. Sie will aber auch eine Verminderung des Unterstützungsaufwandes erreichen und liegt deshalb auch im Interesse der breitesten Oeffentlichkeit. Das Landesarbeitsamt hofft, daß sein Appell an die Einsicht und den guten Willen aller Beteiligten deshalb nicht vergeblich sein wird.

Reichsfinanzhofsentscheidungen

1. Aufwendungen, wenn nur die Erhaltung des Vermögens, aber nicht der Erzielung von Einkommen dienen, sind nicht als Werbungskosten vom Einkommen abzuziehen (Urt. v. 14. 1. 1932 VI A 1659/31).

2. Muß ein Steuerpflichtiger durch seinen Beruf gezwungen für seine Ernährung mehr aufwenden, als er ohne Beruf aufzuwenden hätte, so sind die Mehrkosten Werbungskosten. Das gilt namentlich dann, wenn die Mahlzeiten in Restaurants eingenommen werden müssen. Hat der Steuerpflichtige aber eine Wohnung außerhalb der Stadt genommen, wo sonst die in der Stadt tätigen Personen nicht zu wohnen pflegen, dann gilt das nicht (Urt. v. 23. 3. 1932 IV A 469/32).

3. Die Kassenkontrollstreifen müssen in kleineren Betrieben aufbewahrt werden, wo die Buchführung in der Hand des Inhabers oder seiner Familienangehörigen liegt. Ist bei Betrieben mit geordneter Buchführung die Uebertragung der Kontrollstreifen in die Bücher durch Angestellte gewährleistet, dann brauchen die Kontrollstreifen nicht aufbewahrt zu werden (RFH. Urt. v. 2. 6. 1932 VI A 1088 bis 1092/31).

4. Ein im Entstehungsjahr bereits versteuerter Bilanzgewinn, der nicht entnommen, sondern zur Auffüllung einer Reserve verwandt worden ist, kann im nächsten Steuerabschnitt, wo er unter Reserve erscheint, nicht noch einmal versteuert werden (Urt. v. 5. 1. 1932 I A 190/31).

5. Ueberläßt ein Kaufmann, der Inhaber eines gem. § 9 Kraftfahrz. StG versteuerten Probefahrkennzeichens ist, einen ihm gehörigen Kraftwagen einem Kaufliebhaber zu einer bestimmten Probefahrt, so entsteht eine neue Steuerpflicht aus §§ 1 und 4 Kraftfahrz. StG auch dann nicht, wenn der Wagen vom Kaufliebhaber selbst gefahren wird (Urteil v. 19. 1. 1932 II F 1/32).

Tagung der Kriegsbeschädigten

Am Sonntag stand die Stadt Leverkusen im Zeichen der Tagung des Kreis-Verbandes Rhein-Wupper im Reichsverband der Kriegsbeschädigten, -Teilnehmer und -Hinterbliebenen. Ungefähr 1500 Mitglieder waren es, die aus dem ganzen Kreisgebiet nach hier gekommen waren, um an dem Ortsgruppen-Treffen teilzunehmen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat von Frau Detzel-Koblenz, die über das Thema „Die gegenwärtige Lage, die Notverordnungen und was haben wir als Reichsbündler zu tun?" sprach. Anschließend an die mit starkem Beifall aufgenommene Rede fand eine Entschließung Annahme, in der es u. a. heißt:

„Die am 17. Juli 1932 in Leverkusen zu einer Protestkundgebung versammelten, im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen organisierten Kriegsopfer des Rhein-Wupper-Kreises, erheben gegen die mit der Notverordnung der Regierung von Papen vom 14. Juni 1932 weiter durchgeführten Verschlechterungen in der Kriegsopferversorgung und in der Sozialversicherung entschieden Protest.

Durch die bisher erlassenen Notverordnungen und sonstigen Verordnungen ist die Kriegsopferversorgung schon in einer geradezu unerklärlichen Weise eingeschränkt worden. Trotzdem werden durch die Notverordnung wiederum erhebliche Eingriffe vorgenommen. Dabei werden gerade diejenigen am härtesten betroffen, die am stärksten der Krise ausgesetzt sind. Durch die Entziehung der Waisenrente über das 15. Lebensjahr wird insbesondere unseren Kriegshinterbliebenen ein Opfer auferlegt, welches nicht tragbar ist. Den Kriegshinterbliebenen wird damit die Existenzgrundlage genommen und sind somit der Not und dem Elend preisgegeben.

Die Versammlung fordert, daß endlich Schluß gemacht wird mit allen Kürzungen, Sparmaßnahmen und Notverordnungen. Wir fordern weiter, Aufhebung aller Notverordnungsvorschriften, die der Kriegsopferversorgung den Charakter eines sozialen Versorgungsrechtes genommen haben. Die Kriegsopfer haben ohne Vorbehalt Volk und Vaterland gedient und damit die höchsten nationalen Opfer gebracht. Wir verlangen deshalb auch, daß nunmehr die materiellen Opfer in erster Linie anderen, leistungsfähigeren Schultern auferlegt werden".

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 18. Juli 1932

Frühkartoffeln 2,7—3,1; Frühkartoffeln kleine 1,6—1,9; Wirsing 1,1—3,3; Spitzkohl 1—1,8; Strauchbohnen 7—12,6; Dicke Bohnen 5—6,3; Erbsen 7,5—11,6; Rübstiel 1,4—2,2; Stachelbeeren 14,8; Kirschen 30; Erdbeeren 34 pro 100 Pfund; Möhren 4,1—7,2; Möhren 2,8—4,9 pro 100 Bund; Blumenkohl 7,8—13,5; Kopfsalat 1,2—3,8; Treibhausgurken 1. Sorte 11,2—19,3; Treibhausgurken 2. Sorte 8,2—10,2; Kohlrabie blau 1,5—3,7; Hühnereier 5,8—6,9; Enteneier 5,6—5,7 pro 100 Stück; Petersilie 1,8—2 pro 100 Bund; Rote Beete 5,4—5,8; Wachsbohnen 9—12,2; Wollbohnen 15—17,3; Weißkohl 1,1—2,2; Rotkohl 6,2—7,2; Johannisbeeren rote 16,1—17,8; Stangenbohnen 24; Rhabarber 3; Tomaten 12,6—20,3 pro 100 Pfund.

Tendenz: Anfuhr gut, Nachfrage gut.

Sprechstunden der Kreisfürsorgerin

Sprechstunden der Kreisfürsorgerin werden am morgigen Mittwoch, den 20. Juli, nachmittags von 4—6 Uhr im Rathaus in der Bismarckstraße, Zimmer 9a, abgehalten.

3. Rosenfest in Wipperaue

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe ladet Herr Otto Evertz, Besitzer des weitbekannten Ausflugslokals Wipperaue, zum 3. Rosenfest ein, das am morgigen Mittwoch dortselbst stattfindet. Die Höhscheider Stadtkapelle wird zum Konzert und Tanz aufspielen.

Aufklärungs- und Unterhaltungsabend

Am kommenden Sonntag, den 24. Juli, findet im Saale des Bergischen Hofs (Besitzer Hans Maron) in der Luisenstraße ein Aufklärungs- und Unterhaltungsabend seitens der Burscheider katholischen Vereine statt. Religionslehrer Derichs-Leverkusen und Rektor Deusch-Leverkusen werden über das Thema „Warum stehen wir zu Brüning?“ sprechen. Im unterhaltenden Teil: Musikvorträge, Theateraufführungen und Sprechchor „Jugend in Not“.

In der betr. Anzeige in morgiger Ausgabe werden alle gutgesinnten Katholiken, gleich welcher politischen Richtung, zu dieser Veranstaltung, die um 7 Uhr abends beginnt, eingeladen. Unkostenbeitrag 20 Pfg. pro Person oder Familie.

Sommerfest auf dem Drauberg

Der hiesige Naturheilverein veranstaltet am kommenden Sonntag, den 24. Juli, in seinem Licht-Luftbad auf dem Drauberg ein Sommerfest, bestehend aus Konzert, Preiskegeln und Kinderbelustigungen. Die Musik wird ausgeführt vom Posaunenchor Neuenhaus in Stärke von 24 Mann. Die Kinder versammeln sich um 2,30 Uhr an der Rotbuche, von wo es mit Musik geschlossen zum Drauberg geht.

Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Von der Polizei

Samstagmittag wurde ein junger Mann, als er auf dem Rade von Kuckenberg nach Burscheid fuhr, von zwei radfahrenden Personen, die das Antifa-Abzeichen trugen, ohne Wortwechsel vom Rade geworfen. Mit einem scharfen Gegenstand wurde ihm eine Wunde am Oberarm beigebracht.

Die leidige Unsitte

Vor kurzem ereignete sich in Nagelsbaum ein schweres Unglück, wobei ein sechsjähriger Schüler getötet wurde. Er war der leidigen Unsitte, sich an fahrende Fahrzeuge anzuhängen, zum Opfer gefallen. Nachdem am gestrigen Morgen dieses Thema noch in der Viktoriaschule besprochen worden war, konnte es ein Schüler jedoch nicht unterlassen, sich sofort nach Schulschluß an ein fahrendes Fahrzeug anzuhängen. Aus noch ungeklärter Ursache stürzte der Junge und zog sich hierbei schwere Hautabschürfungen zu. Trotz der Verletzungen wäre eine gehörige Tracht Prügel am Platze gewesen, zumal der Lehrer die Schulkinder kurz vorher noch vor dieser leidigen Unsitte gewarnt hatte.

Die hiesige Polizeiverwaltung macht uns darauf aufmerksam, daß die Polizeibeamten angewiesen sind, auf diese Unsitte ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Blumendiebe an der Arbeit

Nachdem man vor einiger Zeit schon den schönen Blumenschmuck an der hiesigen Berufs- und Handelsschule beraubte, gingen in der vorvergangenen Nacht erneut Diebe hin und verringerten den Geranienbestand dieser Anstalt noch mehr. Die Blumen wurden nicht nur ausgerissen, sondern auch mitgenommen. Hoffentlich gelingt es, die rohen Täter, die sich so an Allgemeingut vergreifen, zu fassen und der verdienten Strafe zuzuführen.

Erloschene Seuche

Die unter dem 10. Juni 1932 erlassene viehseuchenpolizeiliche Anordnung betreffend den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des Otto Manheim in Orth bei Witzhelden wird, da die Seuche erloschen ist, aufgehoben.

Bergischer Heimatschutz

Die für gestern abend im Restaurant Krusius-Solingen in Aussicht genommene Sitzung des erweiterten Vorstandes des Vereins Bergischer Heimatschutz mußte infolge Verhinderung mehrerer Vorstandsmitglieder verschoben werden. Ein neuer Termin ist noch nicht festgesetzt.

Tariffrieden in der Schuhindustrie

Laut Mitteilung des Reichsverbandes der deutschen Schuhindustrie haben die im Reichsarbeitsministerium geführten Schlichtungsverhandlungen zu einem Abkommen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der Schuhindustrie auf Grund freier Vereinbarungen geführt. Danach wird die seitherige Lohnregelung mit rückwirkender Geltung ab 1. Juli ds. Js. wieder in Kraft gesetzt.

Der Saatenstand in unserem Kreise

Die Beurteilung des Saatenstandes in unserem Kreise Anfang Juli ergibt für Frühkartoffeln die Bewertung gut bis mittel. Bei den Spätkartoffeln wurde die gleiche Note abgegeben. Die Bewertung bei Futterrüben ist etwas schlechter. Es wurde die Durchschnittsnote mittel abgegeben. Der Stand der Kleearten sind mit der Durchschnittsnote gut bis mittel bewertet worden. Wiesen und andere Viehweiden weisen die Durchschnittsbewertung gut bis mittel auf.

44 500 000 sind wahlberechtigt

Ueber die mutmaßliche Zahl der Stimmberechtigten am 31. d. M. wird von sachverständiger Seite mitgeteilt: Die Zahl der Stimmberechtigten in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl d. J. (28 Tage) ist von 43 934 481 um 112 360 auf 44 046 481 gestiegen. Auf einen Tag umgerechnet beträgt die Steigerung 4013 Stimmberechtigte. Hiernach würde die Zahl der Stimmberechtigten in der Zeit vom 11. April d. J. bis 31. d. M. (112 Tage) um 4013 mal 112 gleich 449 456 Stimmberechtigte auf 44 496 279 oder rund 44 500 000 steigen.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Ehrung des Bürgermeisters Vaupel

Eine hohe Auszeichnung konnte dem früheren langjährigen Lenneper Mitbürger, Herrn Bürgermeister Vaupel, Witzhelden verliehen werden. Bürgermeister Vaupel kann nunmehr auf eine 25jährige Tätigkeit als Geschäftsführer des Zweigvereins vom Roten Kreuz des ehemaligen Kreises Lennep zurückblicken; er hat in dieser langen Zeit dem Zweigverein hervorragende Dienste geleistet. Unter dem Vorsitz der Landräte Dr. Hentzen, Dr. Beckhaus und zum Schluß noch unter Geheimrat Dr. Potjan hat Herr Vaupel die gesamten Arbeiten zur Förderung des Zweigvereins erledigt. Sonntagvormittag wurde ihm durch Kameraden des noch bestehenden Vorstandes des Zweigvereins, Herrn Geh. Rat Dr. Potjan, Kolonnenvorsitzenden F. Bisterfeld und Kolonnenführer O. v. Stein im Gemeindeamt Witzhelden das Ehrenkreuz 2. Klasse des Deutschen Roten Kreuzes feierlichst überreicht. Bei der Ueberreichung dankte Herr Geheimrat Dr. Potjan auch im Namen des Provinzialvereins vom Roten Kreuz der Rheinprovinz dem Jubilar für die langjährige verdienstvolle Tätigkeit im Roten Kreuz; auch im neuen Verbande möge er seine Dienste dem Roten Kreuze weiter zur Verfügung stellen, was Herr Vaupel auch in kurzen bewegten Worten versprach.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Neuer Schützenkönig

Berg. Neukirchen, 19. Juli. Bei dem am Samstag stattgefundenen Königsschießen des Neukirchener Schützenvereins errang die neue Königswürde der Schütze Karl Engels, Neucronenberg. Tellkönig wurde Hermann Eickermann, Hüscheider Straße.

Auch ein Dank

Opladen, 19. Juli. Am vergangenen Freitag wurden einer Frau, die an der Robertsburg bettelte, Kleidungsstücke, Hemd, Hose, Strümpfe und Kindersachen, die alle noch gut erhalten waren, geschenkt, welche sie kaum einige Schritte vom Hause entfernt anzündete und die Sachen restlos verbrannte. Die Bettlerin war sofort verschwunden.

Fensterscheibe durch Schüsse zertrümmert

Opladen, 19. Juli. Einem hiesigen Geschäftsmann in der Kölner Straße wurde am Sonntag zwischen 22 und 23 Uhr eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Die Täter sollen Mitglieder der „Eisernen Front“ sein, die in dem Lokale Dautzenberg eine Versammlung abgehalten haben. Es sind auch Schüsse abgegeben worden, wobei glücklicherweise niemand verletzt wurde. Durch die abgegebenen Schüsse ist wahrscheinlich die Scheibe zertrümmert worden. Es handelt sich um Personen, die in Richtung Leverkusen gezogen sind und höchstwahrscheinlich von dort stammen.

Herzschlag auf der Straße

Opladen, 19. Juli. Ein 66jähriger Arbeiter, der seit über 20 Jahren bei den städtischen Werken beschäftigt ist, brach Sonntagabend auf der Feldstraße infolge eines Herzschlages tot zusammen.

Die Feuerwehr bedankt sich

Leverkusen, 19. Juli. Der Verbandsvorsitzende des Feuerwehrverbandes der Rheinprovinz, Justizrat Odenkirchen, hat an den Bürgermeister Dankzeilen gerichtet. Er stellt fest, daß Leverkusen sich selbst übertroffen hat. Der festliche Schmuck der Straßen, die wohltuende Teilnahme der Bürgerschaft aller Kreise beim Festzug, die wohlgelungenen Veranstaltungen auf der Dünwiese werden in den Herzen aller Teilnehmer den Nachklang in der Erinnerung auslösen, daß die Tagung als durchaus gelungen zu bezeichnen ist. Das habe man der Stadtverwaltung, der Freiwilligen Feuerwehr und den IG Farbenwerken zu danken.

Politische Ausschreitung

Leverkusen, 19. Juli. Am Sonntag gegen 22,30 Uhr wurde die Wohnung eines Nationalsozialisten in der Görres-Straße von politisch Andersdenkenden mit Steinen bombardiert. Hierbei wurde eine Fensterscheibe im Schlafzimmer zertrümmert. Zum Glück sind die im Zimmer schlafenden Personen nicht verletzt worden. Die polizeilichen Ermittelungen nach den Tätern sind im Gange.

Allerlei Diebstähle

Leverkusen, 19. Juli. Vor einigen Tagen wurde in den Abendstunden ein Herrenfahrrad gestohlen. Als Täter wurden zwei junge Burschen aus der Kolonie 3 ermittelt. Das Fahrrad, das die Diebe bereits umgebaut hatten, konnte wieder herbeigeschafft werden. — Im Stadtteile Schlebusch-Fettehenne wurde in der Montag-Nacht ein etwa 250 Pfund schweres Schwein aus einem Stalle gestohlen. Ein anderes Tier hatten die Täter bereits durch verschiedene Stiche und einen Schuß betäubt.

Aus dem Rhein als Leiche gelandet

Langenfeld, 19. Juli. Am 14. Juli hat sich der Maurer Wilhelm Schütz, 62 Jahre alt, aus seiner Wohnung Solinger Straße 75, entfernt. Er wurde Sonntagnachmittag bei Urdenbach aus dem Rhein als Leiche gelandet.

Vom Auto angefahren

Immigrath, 19. Juli. Von einem Personenwagen angefahren wurde in der Solinger Straße ein Radfahrer, der dabei nicht unerhebliche Verletzungen davontrug. Der Radfahrer befand sich auf dem Wege zur Stempelstelle.

Wachtürme zur Bekämpfung der Waldbrände?

Burg a. d. W., 19. Juli. Das Forstamt der Landwirtschaftkammer in Lennep hat einen Entwurf eines Feuermeldedienstes ausgearbeitet, der das Waldgebiet im Laufe der Wupper von Beyenburg bis Burg umfassen soll. Der Plan, der noch von der Arbeitsgemeinschaft der bergischen Kommunalverbände geprüft und genehmigt werden soll, sieht die Errichtung von 14 Wachtürmen auf besonders hohen Punkten vor, von denen aus ein besonders großer Teil der Waldungen übersehen werden kann. Die Türme sollen Telefon erhalten und von den Waldbesitzern an besonders feuergefährlichen Tagen besetzt werden.

Die gefährliche Kurve an der Wupperbrücke

Radevormwald, 19. Juli. Am Samstagnachmittag ereignete sich in der schweren Kurve vor der Wupperbrücke ein schwerer Autounfall. Der Fahrer eines Personenwagens, der aus der Richtung Bergisch Born kam, kannte anscheinend nicht die gefährliche Kurve, die schon so manchen Autounfall verursacht hat. Die Freiwillige Sanitätskolonne, die sofort zur Stelle war, leistete dem bewußtlosen Fahrer die erste Hilfe, der zweite Mitfahrer kam mit leichten Verletzungen davon. Der Wagen wurde sehr stark beschädigt. Auch dieser Unfall beweist wieder die Notwendigkeit, daß diese Kurve endlich ausgebaut wird.

Drei Einbrüche in einer Nacht

Bergisch Born, 19. Juli. Zum Wochenende verübten Einbrecher einen Einbruch in die Wohnung eines Landwirts. Sie verschafften sich Eingang durch ein Kellerfenster und durchschnitten zuerst die Fernsprechleitung, um ein Herbeirufen von Nachbarn oder Polizei zu verhindern. Dann durchwühlten sie Schränke und Schubfächer und stahlen zwei Herrenuhren und eine Damenuhr mit Kette, Kleider und kleine Gegenstände. — In derselben Nacht wurde auch in die Wirtschaft Bürgel eingebrochen. Hier entwendeten die Einbrecher eine Menge Waren. — Ein dritter Einbruch in der Nachbarschaft wurde durch die wachgewordenen Hausbewohner vereitelt. Anscheinend handelt es sich in den drei Fällen um dieselbe Diebesbande.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

Tränengasbomben in einer Kundgebung der „Eisernen Front“

Montagabend fand in der überfüllten Elberfelder Stadthalle eine Kundgebung der „Eisernen Front“ statt, in der der Landtagsabgeordnete Nölting sprach. Während seiner Rede versuchten politische Gegner Tränengasbomben in die Menge zu schleudern. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor und beschlagnahmte die Bomben. Die Verhafteten bestreiten, mit dem Attentat etwas zu tun zu haben.

Düsseldorf

Neue Gruppenerkrankungen in der Diakonissen-Anstalt in Kaiserswerth

Die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth beherbergt und beköstigt seit längerer Zeit etwa hundert Arbeitslose. Von diesen erkrankten am verflossenen Samstag und in der Nacht zum Sonntag 22 unter den Erscheinungen von fieberhaftem Darmkatarrh. Die sofort angestellten behördlichen Ermittlungen haben ergeben, daß ein Mann, der der Küchenschwester behilflich ist, vor kurzem an fieberhaftem Darmkatarrh erkrankt war, ohne sich in ärztliche Behandlung zu begeben. Offenbar hat dieser Mann in Unkenntnis seiner Krankheit, ohne daß ihm eine besondere Schuld beigemessen werden kann zufällig durch Infektion eines Nahrungsmittels die Erkrankungen verursacht. Die Erkrankten sind sofort in das Krankenhaus der Diakonissenanstalt Kaiserswerth zur Behandlung aufgenommen und abgesondert worden. Behördlicherseits sind sofort alle Maßnahmen getroffen, um weitere Erkrankungen auszuschließen. Da die Erkrankungen leicht verlaufen, ist mit einer baldigen Genesung zu rechnen.

Köln

Bauarbeiter von einer frischen Betondecke erschlagen

Der 43 Jahre alte Bauarbeiter Karl Dürscheidt aus Köln wurde gestern morgen in einem Neubau der Kinderreichensiedlung an der Attendornerstraße in Köln-Höhenberg von einer einstürzenden Betondecke erschlagen. Dürscheidt war Vater von fünf unmündigen Kindern.

Mister Timmer mit dem 40 Pfund-Scheck

Am 9. d. M. ließ sich in einem Kölner Hotel ein Mann bewirten, der sich Antonie Timmer nannte und aus London stammen wollte. Der Mann übergab als Zahlung einen Scheck über 40 engl. Pfund auf die amerikanische Expreß-Compagnie London. In der Annahme, daß dieser Scheck in Ordnung sei, wurden ihm auf seine Bitte 100 Mark Vorschuß gezahlt. Nach Erhalt des Geldes verschwand der Mann, ohne seine Zeche bezahlt zu haben. Es bestätigt sich wieder: die Dummen werden nicht alle.

Großfeuer in einer Tonröhrenfabrik

Montagnachmittag brach in den Tonröhrenwerken Kleinsorge bei Frechen ein Großfeuer aus, durch das der Dachstuhl und die oberen Stockwerke eingeäschert wurden. Drei Löschzüge bekämpften mit 14 Rohren das rasende Element. Es gelang, die sechs großen Brennöfen vor der Vernichtung zu retten. Gegen 8 Uhr war die Gefahr gebannt. Die Ursache ist unbekannt. Wie es heißt, soll der Schaden durch Versicherung gedeckt sein. Der Betrieb lag seit Januar still; erst seit 14 Tagen hatte man wieder kleinen Mengen Röhren gebrannt.

Köln. Die Beute der Zollbeamten im Monat Juni 1932. Im Landesfinanzbezirk Köln wurden während des Monats Juni dieses Jahres bei der Bekämpfung des Schmuggels folgende Waren beschlagnahmt: 500 000 Stück Zigaretten, 10 000 Heftchen Zigarettenpapier, 2618 Kilogramm Rauchtabak, 8230 Kilogramm Kaffee, 7600 Kilogramm Getreide, 11 000 Kilogramm Müllereierzeugnisse, 1900 Kilogramm Brot, 17 300 Kilogramm Zucker. Ferner wurden 159 Fahrräder, sechs Krafträder und 19 Kraftwagen sichergestellt.

Köln. Msgr. Prof. Susen gestorben. Der erzbischöfliche geistliche Rat und Untersuchungsrichter beim erzbischöflichen Offizialat, Msgr. Prof. Gerhard Susen ist im Alter von 61 Jahren plötzlich gestorben. Er war in Bornheim im Landkreis Bonn geboren, wurde 1895 Priester und war in Köln an der Herz-Jesu-Kirche. Nachdem er an der Anima in Rom zwei Jahre studiert hatte, wurde er Domvikar in Köln und 1914 zum Prof. am Priesterseminar in Köln ernannt, an dem er bis zur Verlegung des Seminars Bensberg lehrte.

Für 10 000 RM. Lederwaren gestohlen

Die Einbrecher durchbrechen den Fußboden

In der Nacht haben bisher unbekannte Diebe in der Schildergasse in Köln den Fußboden eines leerstehenden Geschäftes aufgerissen, um so in ein danebenliegendes Lederwarengeschäft eindringen zu können. Dort wurden sämtliche Kartons durchwühlt und für etwa 10 000 RM. Lederwaren mitgenommen.

Westdeutsches

Osnabrück. Veruntreuungen bei einer Darlehnskasse vor Gericht. Das hiesige Erweiterte Schöffengericht beschäftigte sich mit dem Skandal bei der Barnstorfer Spar- und Darlehnskasse. Angeklagt waren wegen Untreue und Fehlspekulationen der frühere Gegenbuchführer Wilhelm G. und der Kaufmann Heinrich R. aus Hamburg. Ein weiterer Beteiligter, der frühere Rendant Gö., hat inzwischen seinem Leben ein Ende gemacht. Im ganzen war der Kasse ein Verlust von [illegible] RM. entstanden.

Der Reichspräsident und die politischen Zusammenstöße

In einem Schreiben an den Reichspräsidenten hat der frühere mecklenburgische Minister Moeller auf Aeußerungen Hitlers in Weimar verwiesen, die besagten, daß hinter der „bürgerlichen Parole der Ruhe und Ordnung die Feigheit, Halbheit und Schwäche" sich verberge. Gegenüber diesen Aeußerungen erklärte Moeller, es sei unerträglich, wenn man den Wunsch nach innerer Ruhe und staatlicher Ordnung für „feig" erkläre.

Der Reichspräsident hat, der Vossischen Zeitung zufolge, auf dieses Schreiben erwidert, er würdige die vaterländischen Beweggründe, die Moeller zu seinem Vorgehen veranlaßt haben. Im einzelnen lägen die Dinge vielfach anders, als sie in den Zeitungen geschildert würden. Er werde aber, so schließt die Erklärung Hindenburgs, „die weitere Entwicklung auch fernerhin sorgfältig prüfen und, wenn tatsächlich diese politischen Zusammenstöße einen weiteren Umfang annehmen und zur Gewohnheit werden, nicht zögern, mit geeignet erscheinenden Maßnahmen einzugreifen".

Die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft fordert Uniformverbot

Das Bezirkskartell der Christlichen Gewerkschaften Essens hat an den Reichsminister des Innern ein Telegramm gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr Minister. Das Demonstrationsverbot ist allein nicht geeignet, den würdelosen innerdeutschen Bruderkrieg zu beenden. Um die Durchführung der Reichstagswahl in Ruhe und Ordnung und die Sicherheit für alle deutschen Bürger zu garantieren, verlangen die 40 000 christlich-nationalen Arbeitnehmer Essens, daß das Tragen von parteiischen Uniformen mit sofortiger Wirkung verboten wird.

Kardinal Bertram an den Reichskanzler

Im Namen der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten hat Kardinal Bertram-Breslau an den Reichskanzler und den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, das die Reichsregierung dringend ersucht, in den letzten Wochen vor der Reichstagswahl dem überhandnehmenden Terror der radikalen Parteien mit durchgreifender Strenge entgegenzutreten. Eine nachsichtige Behandlung solcher Zustände würde die Untergrabung jener Achtung der Staatsautorität zur Folge haben, die heiliges Gut der christlichen Ordnung ist.

Im Inland und Ausland, heißt es in dem Schreiben, wird es aufs Schmerzlichste empfunden, wie verrohend und entsittlichend ein solches Treiben auf weiteste Kreise, namentlich auf die heranwachsende Jugend wirkt, deren edle sittliche Erziehung seither stets als höchste der staatlichen Aufgaben betrachtet wurde.

Nationalsozialistischer Protest beim Reichsinnenminister

Der Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Berlin der NSDAP, Haegert, hat, wie er mitteilt, an den Reichsinnenminister ein Telegramm gesandt, in dem darauf hingewiesen wird, daß an den Litfaßsäulen Berlins sich seit gestern früh Plakate der Kommunisten befinden mit der Ueberschrift „Rotes Berlin, erhebe Dich gegen die braune Pest". Das Plakat beschäftige sich zunächst mit der Schießerei in Siemensstadt und spreche von den „feigen Nazi-Mördern", obwohl die näheren Umstände dieses Zusammenstoßes gerichtlich noch nicht geklärt seien. Im Plakat heiße es weiter: „Schluß mit dem braunen Terror! Räumt auf mit der braunen Hakenkreuzpest! Fort mit ihnen aus den Betrieben! Schafft überall Massenselbstschutzformationen!"

Das Telegramm Haegerts führt Beschwerde darüber, daß die preußische Polizei den öffentlichen Anschlag dieser Plakate dulde, in denen unverhüllt zu Mord und zu Gewalttätigkeiten gegen die Nationalsozialisten aufgehetzt werde.

Seine Partei erhebe Protest gegen die säumige Haltung der preußischen Polizeibehörde und verlange das Eingreifen der Reichsregierung zum Schutze der bedrohten Bevölkerung Berlins.

Reichswahlvorschlag der NSDAP

An erster Stelle des Reichswahlvorschlages der NSDAP (Hitlerbewegung) stehen laut NSK: Regierungsrat Dr. Wilhelm Frick-München, Apotheker Gregor Strasser-München, Schriftsteller Dr. Josef Goebbels-Berlin, Generalleutnant a. D. Ritter v. Epp-München, Hauptmann a. D. Hermann Goering-Berlin, Dipl.-Ing. Gottfried Feder-Murnau, Handlungsgehilfe Franz Stoehr-Berlin-Steglitz, Hauptschriftleiter Alfred Rosenberg-München, Schriftsteller Graf Ernst Reventlow-Potsdam, Oberst a. D. Konstantin Hierl-München, Major a. D. Walter Buch-Solln, Staatsminister Dietrich Klagges-Braunschweig, Pfarrer a. D. Ludwig Münchmeyer-Düsseldorf.

15 Todesopfer in Altona

Nach Mitteilung des städtischen Presseamtes in Altona hat sich durch den Tod eines weiteren Nationalsozialisten die Zahl der Todesopfer bei den Unruhen am Sonntag auf 15 erhöht.

Politische Schlägerei in Wesseling

Wie das Wolff-Büro meldet, kam es gestern Abend in Wesseling bei Köln zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer schweren Schlägerei, als Mitglieder der Kommunistischen Partei ihre politischen Gegner daran hindern wollten, Wahlplakate anzukleben. Kurze Zeit nach dem Zusammenstoß erschien ein mit Nationalsozialisten besetztes Auto, aus dem mehrere Schüsse abgefeuert wurden. Dabei erhielt ein Arbeiter einen Herzschuß, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Ein zweiter Arbeiter mußte mit einem Kopfschuß in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden. Die aus Köln und Bonn herbeigerufenen Polizeiverstärkungen nahmen bei mehreren Nationalsozialsten Haussuchungen vor. Wegen Mordverdachts wurden mehrere Personen festgenommen.

Immer weitere Opfer

In Groß-Rosen (Schlesien) wurde bei Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen der „Eisernen Front" eine Person getötet. Drei Personen erlitten Verletzungen.

In Langenselbold bei Hanau erschoß ein Landjäger, dessen Haus von Demonstranten mit Steinen beworfen wurde, zwei Arbeiter.

Nach Schluß einer Kundgebung der Eisernen Front in Krefeld bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. In der Nähe des Stahlhelmheims auf dem Westwall kam es zu einem Zwischenfall. Ein dort stehender Stahlhelmmann wurde von einem Zugteilnehmer durch einen Messerstich schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

Letzte Funkmeldungen

Der nationalsozialistische Abgeordnete Kube hat sich schriftlich bei dem Polizeivizepräsidenten von Berlin Dr. Weiß wegen der bekannten nationalsozialistischen Anfrage im preußischen Landtag entschuldigt.

Der nationalsozialistische braunschweigische Minister Klagges hat gestern abend den „Volksfreund" nebst drei Kopfblättern auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels, in dem gegen die Maßnahmen des Ministers Klagges gegen das Reichsbanner polemisiert worden war.

Vor 25 000 Zuhörern sprach Dr. Brüning in Freiburg am Montagabend in einer großen Zentrumskundgebung.

In einer öffentlichen Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei in Siegen forderte Dr. Hugenberg die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen.

Mit einer Versammlung im Berliner Herrenhaus leitete die Deutsche Staatspartei der Wahlkreise Berlin und Potsdam den Reichstagswahlkampf ein.

Der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Crispien, sprach auf dem Essener Burgplatz vor etwa 8000 Personen über die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl.

Auf einer Kundgebung der Krefelder Eisernen Front nahm Montagabend anstelle des verhinderten preußischen Innenministers Severing Prof. Nölting, Frankfurt a. M. das Wort.

Auf der Straße von Friedrichshagen nach Dahlwitz bei Berlin wurde gestern in der Nähe der Rawensteiner Mühle ein ausgespanntes Drahtseil entdeckt. Radfahrer machten einem Schupobeamten Mitteilung, der das Hindernis entfernen konnte, ehe Unheil angerichtet war. Man nimmt an, daß es sich um ein gegen Nationalsozialisten, die an einer Friedrichshagener Kundgebung teilnahmen, gerichtetes Attentat handelt.

Der deutsche Australienflieger Bertram ist gestern in Perth eingetroffen. Sein Gefährte Klausmann befindet sich noch in Wyndham. Sein Gesundheitszustand bessert sich.

Ein irischer Regierungsbeamter ist nach Deutschland gereist, um größere Käufe von Ruhrkohlen für Irland in die Wege zu leiten.

In einem Züricher chemischen Laboratorium ereignete sich gestern eine heftige Explosion. Drei Angestellte der Firma wurden schwer verletzt. Ein Postbote, der im Augenblick der Explosion vorüberfuhr, wurde von seinem Rade geschleudert und erlitt ebenfalls schwere Verletzungen.

Die Genfer Verhandlungen zwischen Litwinoff und Zaleski haben zu der Abmachung geführt, daß der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag innerhalb von 14 Tagen in Moskau unterzeichnet werden soll.

Der polnische Botschafter überreichte eine Note im Foreign Office in London, in der dem Wunsch der polnischen Regierung Ausdruck gegeben wird, dem englisch-französischen Vertrauensvertrag beizutreten. Die gleiche Note wurde in Paris überreicht.

Die Steuereingänge in Frankreich sind in den ersten drei Monaten des laufenden Etatsjahres um 679 Millionen Francs hinter den Voranschlägen zurückgeblieben.

Der irische Senat nahm am Montag-Abend ein Gesetz an, das der irischen Regierung Vollmacht zur Erhebung von beliebigen Sonderzöllen auf englische Einfuhren erteilt.

Bei den rumänischen Kammerwahlen erhielten die Nationalisten 277 Mandate, das sind 45 v. H. aller Stimmen.

Der japanische Außenminister teilte mit, daß Japan grundsätzlich die Anerkennung der Mandschurei beschlossen habe. Der Zeitpunkt der Anerkennung sei aber noch nicht festgelegt.

Die seit acht Monaten zwischen Bolivien und Paraguay im Gange befindlichen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt und die Regelung des Konflikts im Gran Chacogebiet sind durch die plötzliche Abreise des paraguayschen Delegierten abgebrochen worden.

Bitburg. Gefährliches Spiel mit der Schußwaffe. Nachmittags saß der 24 Jahre alte Thielgen auf einer zum Hofe führenden Treppe und hantierte an einem Revolver. Plötzlich ging ein Schuß los, durchschlug die Türe des gegenüberliegenden Klosetts und traf den in diesem befindlichen 26 Jahre alten Bruder des Thielgen in die Stirne. Der Verletzte liegt im Sterben.

Lintfort. Ueberfall auf einen Zollbeamten. An der holländischen Grenze in der Nähe von Walbeck im Kreise Geldern wurde ein Zollbeamter überfallen. Bei den Tätern handelt es sich um vier Personen aus Lintfort, die dem Beamten den Gummiknüppel und die Pistole abnahmen, wobei sie ihn am Kopf schwer verletzten. Bei dem Kampf um die Wiedergewinnung der Pistole wurde der Erwerbslose P. aus Lintfort durch Leibschüsse schwer verletzt. Der Beamte wie P. wurden dem Krankenhaus zugeführt. Die anderen drei Personen wurden abends in Lintfort verhaftet.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann

In Brügge warteten einige junge Leute auf den Zug nach Halver, als plötzlich ein Fahrgast, von einer Ohnmacht befallen, auf das Gleis stürzte. Alle Zuschauer standen ratlos da, weil der Zug nur noch ein bedenklich kleines Stück davor herangebraust kam. Kurz entschlossen sprang der Rangierführer Wilhelm Henze aus Halver auf das Gleis und schwang im Bogen den Ohnmächtigen auf den Bahnsteig, um sich dann mit knapper Not vor der heranbrausenden Lokomotive zu retten, die ihm noch die Hose zerriß. Für den wackeren Retter unter Einsetzung des eigenen Lebens ist die Rettungsmedaille beantragt worden.

Aus den Parteien

Versammlung der Volksrecht-Partei

Es wird uns geschrieben:

Trotz des schlechten Wetters hatten sich am vergangenen Sonntag die Alt- und Neusparer in großer Zahl eingefunden, um die Ansichten ihres Führers über die heutige politische Lage und die damit verbundenen Inflationsgerüchte zu hören. Der Ortsgruppenvorsitzende gedachte nach einem kurzen Begrüßungswort zunächst der Verstorbenen, zu deren Andenken sich die Versammlungsteilnehmer von den Sitzen erhoben. Er machte dann darauf aufmerksam, daß nun auch aus Kreisen der Landwirtschaft warnende Stimmen gegen neue Inflationspläne erhoben würden. Das Rheinische Genossenschaftsblatt schreibe: Gedankengänge, die durch gesetzliche Maßnahmen eine abermalige Vernichtung des Inlandskapitals erstrebten, seien gefährlich. Sie seien nicht der Anfang eines Gesundungsprozesses sondern der Beginn eines Verwesungsprozesses des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft.

Dann ergriff der Führer des Landesverbandes Rheinland, Herr Major a. D. Pohl, das Wort zu einem etwa 2stündigen Vortrag über das Thema „Ist die Währung in Gefahr?" Trotz fortgesetzter Versicherungen der Reichsregierung, die Währung stände fest, gingen im Lande täglich mehr Inflationsgerüchte um. Die Inflationshyänen seien wieder am Werke, um das Deutsche Volk zu einem ehrlosen Volk, zu einem Bankerotteurvolk, zu Spitzbuben und Schinderhannes-Paktieren zu machen. Diesen undeutschen Bestrebungen müsse schärfster Kampf angesagt werden. Die Volksrechtpartei werde vor wie nach auf dem Posten sein, sie sei der Sauerteig im Kampfe um das Recht und dem Schutz des Privateigentums. Viele Sparer hätten leider aus der Julikrise des vorigen Jahres nichts gelernt. Sie suchten ihr Heil bei den Parteien, die sie betrogen hätten, oder eine unklare und unehrliche Politik den Sparern gegenüber trieben. Gerade in der Krise des Vorjahres habe sich die Kraft und Stärke der Sparer und der Schutzsparkassen erwiesen. In Süddeutschland setzten sich jetzt die Hypothekenbanken und Sparkassen zu gemeinsamen Beratungen mit den Sparern gegen die Inflationsmacher zusammen. Redner fragte mit Recht, warum dies die öffentlichen Sparkassen in Preußen nicht auch täten. Die schleichende Vertrauenskrise habe ihnen doch im Laufe eines Jahres über 2 Milliarden Spareinlagen wieder genommen. Ein „dicker" Oberbürgermeister habe ihm seinerzeit bei der weiteren Sparkassenaufwertung gesagt: „Sie haben die 8 Prozent noch nicht!" Das sei die Einstellung der Verwaltungsorgane und der Kommunalverwaltungen, die aber von den Inflationsplänen mit in den Abgrund gezogen würden. Deutschland leide nicht an Geldmangel sondern an Kapitalmangel; diese Begriffe würden in der Regel unterschiedslos gebraucht. Es sei aber gegenwärtig ebensoviel Geld im Umlauf wie in der Vorkriegszeit, trotzdem die Wirtschaft bedeutend zurückgegangen sei. Die Wurzel alles Uebels liege darin, daß das Inlandskapital durch Inflation und Gesetzgebung zerstört worden sei. Keine Regierung und keine Partei wolle das einsehen. Zur vorigen Regierung hätten die Sparer in Opposition gestanden, denn Brüning habe die alten Sparer vernachlässigt und die neuen Sparer durch die Osthilfe schwer geschädigt. Auch zu der neuen Regierung ständen die Sparer in scharfer Opposition, denn diese habe in ihrer Kundgebung nichts für die Sparer übrig, die offizielle Erklärung enthalte nichts über die Begriffe des Eigentums und des Rechts, lediglich den ausgeplünderten Rentnern werde angekündigt, daß es so nicht weitergehen könne mit dem Wohlfahrtsstaat. Auch die Nationalsozialisten hätten aus grundsätzlichen Erwägungen ein Zusammengehen mit den Sparern abgelehnt. Die Harzburger Tagung habe die Währungsexperimente erneut in die Vordergrund gerückt. Die Namen Kalkreuth, Hugenberg, Feder, Strasser, Schmitz, Schacht besäßen wenig Vertrauen in Sparerkreisen. Der Nationalsozialist Dr. Reupke habe sich in Zürich für die Verrentung des gesamten Sparerkapitals ausgesprochen. Nun begriff man auch, weshalb Leute wie Thyssen und andere Großindustrielle so eifrige Nazis wären; sie hofften durch die Verrentung des Kapitals sich abermals auf Kosten des schaffenden und sparenden Volkes entschulden zu können. Redner zog dann interessante Vergleiche zwischen Brüning, Bismarck und Hitler und kam zu der Schlußfolgerung, daß der Volksrechtkampf eine wahrhaft nationale Tat sei, denn er bekämpfe die Politik des Räuber- und Falschmünzertums, durch welche Deutschland immer mehr den zerstörenden Einflüssen des Bolschewismus zutreibe. Ohne den Rechts- und Eigentumsbegriff könne kein Staat bestehen.

Die Versammlung quittierte den temperamentvollen und inhaltreichen Vortrag mit anhaltendem Beifall. In einem Schlußwort teilte Redner noch mit, daß der Christliche Volksdienst sich bereit erklärt habe, für die Belange der Sparer einzutreten und daß demzufolge für die Reichstagswahl eine Listenverbindung mit dieser Partei unter Nr. 11a zustande gekommen sei.

Das Wetter von heute und morgen

Wechselnd wolkig ohne nennenswerte Niederschläge, noch ziemlich kühl, mäßige westliche Winde.

Marga von Etzdorf wieder in der Heimat



Die deutsche Fliegerin Marga von Etzdorf ist von ihrem Asienflug wieder nach Berlin zurückgekehrt, wo sie — wie unser Bild zeigt — freudig ihre alten Freunde begrüßt.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



KARNER DER DIKTATOR

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU · SA

18

Mit rührender Sorgfalt umsorgte er sie, tat ihr zuliebe, was er ihr von den Augen absehen konnte. Sein Leben war ein Dienst an seinem Weibe, und ihm ward der Dienst nicht schwer, denn er liebte sie, die Kranke, mit der gleichen Tiefe und Innigkeit, wie vordem die gesunde Marthe.

Seine ganze Kunst als Arzt setzte er ein. Er ließ sich elektrische Massageapparate kommen und alles, was er brauchte. Unablässig mühte er sich, aber . . . erfolglos.

Und doch verlor er die Hoffnung nicht.

Die berühmtesten Spezialisten ließ er kommen. Was die ärztliche Kunst vermochte, wurde getan, aber es blieb bei dem Alten. Die Lähmung war nicht zu beheben.

* * *

Am ersten Mai hatte Jost Hartmann wieder Moskau im Radio eingestellt. Er wartete auf eine neue Ansprache Karners.

Er hatte Dieter und Ernst Kahnert bei sich zu Gast. Ernst kam fast an jedem Sonn- und Feiertag.

Frau Marthe saß im bequemen Rohrstuhl bei ihnen am Tisch. Sie gab sich heiter und ließ nicht merken, wie sehr sie litt.

Sie hatten gerade Kaffee getrunken, als Karner sich meldete.

Der Ansager in Moskau sagte in vier Sprachen: „Herr Karner wird zu dem russischen Volke sprechen, um es über den Stand der Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsdirektorium zu unterrichten."

Eine kurze Weile ertönte das monotone Rauschen des Senders, dann erklang die warme, dunkle Stimme Karners:

„Ich grüße das Volk von Rußland, grüße alle, die meine Stimme hören. Das russische Volk weiß, daß das Gewerkschaftsdirektorium die Unterstellung des Arbeitsheeres von mir verlangte. Ich habe abgelehnt. Alle Bemühungen, mit dem Gewerkschaftsdirektorium zu einer Einigung zu kommen, sind gescheitert. Das Gewerkschaftsdirektorium hat mir heute ein Ultimatum gesandt, in dem bedingungslose Annahme der Forderung innerhalb zwölf Stunden verlangt wird. Das Ultimatum wird von mir abgelehnt, und das Gewerkschaftsdirektorium wird morgen den Generalstreik für ganz Rußland erklären. Ich aber löse deshalb das Gewerkschaftsdirektorium auf und unterstelle die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen den Arbeitsämtern. Die Mitglieder des Direktoriums werden verhaftet. Ich reise morgen mit General Porak und vier Offizieren seines Stabes nach Petersburg, um die Verhaftung durchzuführen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Rußlands aber warne ich. Folgen sie dem Direktionskommitee, dann werden sie Verräter an Rußland. Ich appelliere an ihre Vernunft und an ihre Liebe zur Heimat. Ich kann nicht dulden, daß kleinlicher Ehrgeiz versucht, mein Werk zu zerschlagen. Die Augen der Welt, besonders die der geknechteten Völker der Erde sind auf Rußlnad gerichtet, denn in Rußland entscheidet sich auch ihr Schicksal."

Eine Weile war Stille, nur das Rauschen des Senders klang aus dem Apparat.

Dann sprach Karner wieder:

„Hart wird meine Aufgabe, härter wird sie mit jedem Tag, und ich vermag die Arbeitslast kaum noch zu schaffen. Viele und tüchtige Helfer sind um mich, um mit mir das Werk zu vollenden. Aber ich brauche noch einen Helfer, einen Mann, der mir einen guten Teil der Arbeit abnimmt. Kurz, eine alles überragende Persönlichkeit. Dieser Mann lebt. Er war zum Segen des russischen Volkes Generalkommissar des russischen Volkes und Generalrevisor und hieß Wladimir Rostoff. Ich suche ihn und konnte ihn bis heute noch nicht finden. Wladimir Rostoff, kehre zurück nach Moskau! Das russische Volk braucht dich!"

Jost Hartmann wurde totenbleich, als er diese Worte gehört hatte.

Karner wußte von ihm und seinen Werken! Karner traute ihm das Höchste zu! Er rief ihn!

Marthe sah die Bewegung im Antlitz ihres Gatten.

„Was ist dir, Jost?" fragte sie mit bebenden Lippen.

Jost schüttelte den Kopf und sagte gepreßt: „Nichts, nichts, Liebste!"

Aber schon ertönte Karners Stimme wieder.

In deutscher Sprache rief er nach Wladimir Rostoff.

Alle im Raum hörten diesen Ruf.

Marthe glaubte, ihr Herz müsse stillstehen. Sie starrte den Gatten zitternd an, ihre blutleeren Lippen bebten.

Dann schrie sie auf und brach zusammen.

Jost und Ernst stürzten zu ihr hin und richteten sie wieder auf.

„Wasser!" sagte Jost schwer atmend.

Iwan brachte Wasser, nachdem er sich von seinem Schrecken erholt hatte. Er war gerade eingetreten, als Marthe zusammenbrach.

Während Jost Marthes Stirn anfeuchtete, fragte Ernst erregt: „Was . . . was hat das zu bedeuten, Jost?"

Hartmann sah ihn wie geistesabwesend an, strich sich über die Stirne, dann entgegnete er: „Ich bin Wladimir Rostoff, Ernst."

Nun begriff Ernst Kahnert die Tragik des Augenblickes.

„Wirst du zu Karner gehen?" fragte er, und er rüttelte Jost an den Schultern.

„Nein!" sagte Jost leidenschaftlich. „Ich kann nicht, und ich will nicht. Soll ich Marthe hilflos zurücklassen? Es gibt andere, die die Aufgabe lösen können. Sie werden sich finden."

Das junge Weib hörte diese Worte, als sie wieder erwachte, und Friede zog in ihrem Herzen ein.

* * *

In dieser Nacht sprach Marthe lange mit dem geliebten Gatten.

„Ich bin ein Krüppel!" sagte sie tapfer. „Ich weiß, daß ich immer gelähmt bleiben werde. Du bist gesund, bist voll Kraft. Ich will nicht, daß du unglücklich wirst an meiner Seite. Ich will dein Glück. Ich fühle, daß es dich zieht, dem Ruf aus dem Osten zu folgen. Jost, ich will dich nicht halten. Gehe, wenn du willst."

Jost nahm die bebenden Hände und sah Marthe in die Augen.

„Willst du mich von dir stoßen? Soll ich wieder hinaus in die große Welt ohne dich, ohne unser Kind? Nein, nein, Marthe, ich wäre nicht fähig, der großen Aufgabe gerecht zu werden."

„Ich dich von mir stoßen?" entgegnete Marthe leidenschaftlich und nahm sein starkes Haupt in ihre Hände. Fühlst du nicht, wie unendlich ich dich liebe? Mich freut kein Sonnenstrahl ohne dich! Aber ich will nicht Kette sein an deinem Fuß, verstehst du mich? Ich bin so klein neben dir. Ich bin ein Weib, das nichts hat als Liebe."

„Nichts als Liebe!" wiederholte Jost. „Ist denn die Liebe eines Frauenherzens nicht das Höchste, was ein Weib besitzen kann? Liebste, ich bleibe bei dir, nicht aus Pflichtgefühl, nicht aus Mitleid, ich bleibe bei dir, weil ich dich liebe, so stark wie zu der Stunde, da wir uns fanden."

Nun leuchteten die Augen Frau Marthes wieder hell und klar.

* * *

Pfarrer Karsten hatte von dem Unglück gehört, das Marthe Hartmann betroffen. Georg Corts, der Sohn des Landarztes, hatte es ihm mitgeteilt, in einer wenig anständigen Form, die den Pfarrer verletzte.

Des Pfarrers Anschauung über Hartmann und seine Handlungsweise hatte eine gründliche Korrektur erfahren. Er war nun ohne Haß gegen den Mann, denn er mußte anerkennen, daß seine Handlungsweise die eines gerechten und aufrechten Menschen war. Auch als bekannt wurde, daß Marthe Holgers die Riesenerbschaft gemacht hatte, blieb er bei seiner guten Meinung und wollte von Verdächtigungen nichts hören.

Pfarrer Karst tat es weh, daß Marthe von soviel Unglück betroffen worden war. Er fühlte die Pflicht, Marthe zu besuchen und ihr Trost zu geben.

Als er in die starken Augen des jungen Weibes sah, die vom Schmerz und Glück geadelt waren, fühlte er doch, daß sein Trost unnütz war. Marthe aber sah ihn, erkennend, welche Motive ihn zu ihr getrieben, dankbar an und sagte leise: „Das Schicksal prüft unsere Herzen, Herr Pfarrer. Gott prüft unsere Liebe, aber ich glaube, daß sie stark ist. Ich habe mich mit meinem Schicksal abgefunden, denn meines Gatten Liebe ist mir geblieben."

Der Pfarrer sah sie tiefbewegt an.

„Sie sind stark im Herzen, Marthe. Gottes Segen liegt über Ihnen und gibt Ihnen Kraft. Glauben Sie an seine Güte."

Sie preßte die Hände zusammen und entgegnete tief aus dem Herzen heraus:

„O, wenn Gott gütig wäre! Ich möchte gesund sein, damit mein Gatte nicht an einen Krüppel gefesselt ist. Seine Liebe wächst von Tag zu Tag, und je stärker mein Leid, umso größer ist seine Liebe und Güte. Aber ich hemme sein Leben, und viele Tausende warten, daß er seine Kräfte zu ihrem Heile regt."

Verwundert sah sie der Geistliche an.

„Was sagen Ihre Worte, Frau Marthe?" fragte er gütig.

„Es ist ein Geheimnis," sagte Marthe leise. „Er ist nicht der abseits lebende Hartmann, er ist ein anderer, ein großer, von dem die Menschheit viel erwartet."

Der Pfarrer war eigenartig berührt.

Zum ersten Male fühlte er, daß die Persönlichkeit, die unter dem Namen Hartmann im Dorfe Haßlitz lebte, ein Geheimnis umgab.

Als er sich verabschiedet hatte und dem Pfarrhaus zuschritt, traf er den Bürgermeister Selbmann.

„Herr Selbmann," fragte er ihn, „als Hartmann das Aufgebot bei Ihnen bestellte, hat er da seine Papiere vorgelegt?"

Der Bürgermeister wurde verlegen. „Nein, das hat er nicht. Das wird hier nicht so genau genommen. Er sagte mir, daß er seine Papiere erst erhalte. Ich nahm keinen Anstand, das Aufgebot anzunehmen. War es nicht richtig, Herr Pfarrer?"

„Doch, Herr Selbmann. Man muß nicht so arg nach dem Buchstaben gehen."

* * *

Karner reiste mit General Porak und vier Offizieren von Poraks Stab im Flugzeug nach Petersburg.

Er unternahm das große Wagnis, die aufständige Masse zur Ruhe zu bringen. Der Streikbeschluß der Gewerkschaften war erfolgt.

Petersburg und seine weitere Umgebung traten in den Generalstreik. Aber in allen anderen Städten Rußlands blieb es ruhig. Dort hielt man zu Karner. Selbst das Donbecken blieb still.

Kalycin wußte, daß sich viele der abgesetzten Kommissare in Petersburg niedergelassen hatten, die von dort gegen Karner und sein Werk schürten. Er wußte, daß ausländisches Geld arbeitete. Deshalb riet er Karner von seinem Vorhaben ab.

„Sie reisen in den Tod, Herr Karner!" sagte er überzeugt.

Aber Karner blieb bei seinem Vorsatz.

Sie landeten auf dem Flugplatz in Petersburg, der von tausenden und abertausenden russischen Arbeitern und Arbeiterinnen umsäumt war.

Der Gouverneur von Petersburg, Madelkow, empfing Karner.

Er begrüßte ihn in längerer Rede, aber Karner und seine Begleiter hatten das Gefühl, daß sie nicht von Herzen kam.

Karner erwiderte, daß er hoffe, durch persönliches Eingreifen alle Schwierigkeiten zu lösen.

Als sie in den Wagen stiegen — das Volk von Petersburg verhielt sich mustergültig still — sagte der Gouverneur zu Karner: „Das Direktorium ist im Hause der Gewerkschaften vollzählig versammelt und erwartet Sie."

Karner nickte. „Es ist gut. Zunächst wünsche ich nach der Kaserne des 12. russischen Infanterieregiments zu fahren."

Madelkow sah ihn erstaunt und befremdet an.

„Was beabsichtigen Sie, Herr Karner?"

„Ich beabsichtige, die Verhaftung des Direktoriums durchzuführen, Herr Gouverneur."

„Das werden Sie mit dem Regiment nicht erreichen, Herr Karner," entgegnete der Gouverneur, der von Karners Offenheit verblüfft war. „Das Regiment steht hinter den Gewerkschaften."

Das Auto brachte Karner und die Offiziere sowie den Gouverneur nach der Kaserne.

Unterwegs fragte Karner den Gouverneur: „Auch Sie stehen zu den Gewerkschaften, Herr Gouverneur?"

„Ich kann es nicht leugnen."

Bald hielten sie in der Kaserne vor dem Hause des Obersten Charkot.

Charkot war ein älterer Mann, mit ernsten, ruhigen Gesichtszügen. Er verneigte sich, als Karner kam. Die Persönlichkeit des Diktators wirkte vom ersten Augenblick an stark auf ihn.

„Herr Oberst," begann Karner ruhig und eindrucksvoll, „ich freue mich, einen verdienstvollen Mann an der verantwortungsvollsten Stellung des Regiments zu finden. Ich bitte Sie, rufen Sie die Offiziere zusammen."

Dem wurde sofort entsprochen.

Als die Offiziere versammelt waren, nahm Karner das Wort:

„Meine Herren Offiziere! Die höchste Pflicht eines Offizieres heißt, Dienst am Volk zu tun, dem Vaterland zu helfen. Wollen Sie das, meine Herren?"

„Jawohl!" erscholl der Chor der Offiziere.

„Ich habe meine Arbeit in Rußland begonnen. Das Volk erhob mich zum Diktator, und ich bin mir der Verantwortung bewußt. Die Führer der Gewerkschaften, unterstützt von den ihrer Aemter enthobenen Kommissaren, die sich in Petersburg aufhalten, und unterstützt vom Geld des Auslandes und angetrieben vom kleinlichen Ehrgeiz, sind wider mich. Sie streben wider meine Diktatur. Wenn meine Arbeit zum Heile Rußlands sein soll, dann darf ich das nicht dulden. Ich frage Sie alle: Stehen Sie zu mir, wie alle anderen Regimenter außerhalb Petersburgs?"

Seine Augen ruhten auf den Offizieren.

Er sah das spöttische Grinsen des Gouverneurs, aber er blieb ruhig.

Die Offiziere sahen auf ihren Obersten.

Der schien mit sich zu kämpfen. Karner spürte das, und er setzte alle Kräfte seines Willens ein, um den Mann zu zwingen.

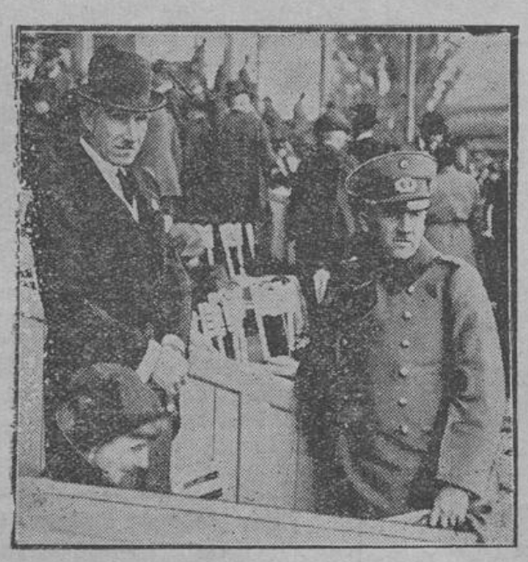
„Stehen Sie zu mir?" erscholl abermals Karners Stimme.

Nun raffte sich der Oberst auf, sein Blick suchte Karners Auge. Er schlug auf den Tisch. „Und wenn es mein Leben kostet . . . um Rußlands willen . . . ich stehe zu Ihnen!"

Angst packte den Gouverneur, die sich verstärkte, als sich die Offiziere dem Worte Charkots anschlossen.

Karner atmete tief auf.

General Porak stand voll Bewunderung darüber, daß es dem Einsatz der Persönlichkeit Karners gelungen war, die Offiziere des Regiments zu gewinnen.



Reichskanzler und Reichswehrminister als Turffreunde

Bei dem Pferderennen um den „Großen Preis von Berlin" auf der Grunewald-Rennbahn sah man auch Reichskanzler von Papen (links) mit Gattin (vor ihm) und Reichswehrminister General von Schleicher (rechts) als interessierte Zuschauer



Vom Unwetter zerstörte Häuser

Ein Gasthaus in der Umgebung von Stadtroda in Thüringen wurde von den reißenden Fluten so stark unterspült, daß eine Ecke abgerissen wurde, wie aus unserm Bilde deutlich ersichtlich ist